

Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 10.

Beauftragt mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden.

1915.

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

(Fortsetzung der Sitzung vom 1. Dezember.)

Abg. Dr. Böhmke (fortf.):

Die Redner sämtlicher Fraktionen hätten darauf hingewiesen, daß auch innerhalb des Landes dieser oder jener Berufsstand Hervorragendes geleistet und wesentlich dazu beigetragen habe, die Ziele der Siege unserer Truppen auch für die Zukunft zu gewährleisten. Er wolle sich enthalten, den einzelnen Ständen das Zeugnis dieser Opferwilligkeit auszustellen, er wolle nur wünschen, daß diese Opferwilligkeit und diese Pflichttreue im Lande auch weiterhin anhalte, dann könne man des Sieges, den die Truppen gewiß erringen würden, auch im Inlande gewiß sein. (Beifolles Bravo! rechts.) Wenn er sich den Einzelheiten zuwende, so müsse er zunächst zum Gesamtministerium eine persönliche Bemerkung machen, die die Ordensangelegenheit betreffe. Es liege ihm fern, ein Recht der Krone zu kritisieren. Aber nach seinen Erfahrungen draußen im Felde halte er es für seine Pflicht, den Stellen, die die Krone in dieser Frage beriet, einige Wünsche in der Deputation zu unterbreiten, Wünsche, von deren Erfüllung er annehme, daß manche Zustimmung, die bei Auszeichnungen bis hinunter in die Mannschaften sich gezeigt habe, befestigt werde. (Sehr richtig! rechts.) Beim Ministerium des Innern komme er zunächst auf die mittelfränkischen Fragen, die loben in der Rede des Hrn. Ministers des Innern berührt worden seien. Es könnte den Anschein haben, als ob seine Fraktion diesen Wünschen nicht mit der alten Wärme gegenüberstehe, die sie immer gezeigt habe. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Haltung der Regierung nach seiner Auffassung erst durch den Antrag Wiener und Gen., der im letzten außerordentlichen Landtag eingebracht worden sei, hervorgehoben worden sei. (Sehr wahr! rechts.) Zu den Aufträgen des Hrn. Ministers möchte er nur zweiwörtlich hervorheben. Er verweise einmal als Begründer des Antrags die Begründung einer Mittelständischen, welchem Gedanken die Staatsregierung im letzten ordentlichen Landtag unumwunden gegenüberstand habe. Sodann schreibe ihm die Lösung, welche die Staatsregierung gesucht habe, indem sie die Gemeinden mit als Darlehensnehmer herangezogen habe, doch nicht ganz die richtige zu sein. Er behalte sich allerdings hier seine Stellung und vor allen Dingen die Stellung seiner Fraktion für die Zukunft noch vor. Aber ihm wolle doch scheinen, daß die Gemeinden, die in dem gegenwärtigen Kriege in ihren Pflichten so hoch angepannt worden sind, nicht noch mit größeren Lasten überbürdet werden dürfen. Beim Ministerium des Innern möchte er noch daran erinnern, daß nach Mitteilungen, die ihm aus dem Lande geworden seien, die Frage der Durchführung des Wassergesetzes noch recht im Argen liege (Vizepräsident Oppolzer: Sehr richtig!), wenn er auch zugebe, daß natürlich die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen man jetzt lebe, auch hier der Penderungsgrund sei. Redner kommt dann auf die Vereinheitlichung der elektrischen Versorger des Landes zu sprechen. Seine Partei sehe diesem Gedanken durchaus wohlwollend gegenüber und sehe in ihm die Lösung einer eminent wichtigen Frage. Er erkenne an, daß die Staatsregierung trotz der Schwierigkeiten die Frage energisch angegriffen habe, zumal sie zugesichert habe, daß voraussichtlich schon im Jahre 1917 das Projekt durchgeführt sein werde. Redner geht auf die Schwierigkeiten kurz ein, die der Lösung der Frage in verschiedener Richtung entgegen ständen. Trotzdem sei sie ausföhrlich, zumal der Staat diese Aufgabe in engsten Zusammenhang bringe mit der Erweiterung von Kohlenfeldern. Er möchte der Staatsregierung bei dieser Gelegenheit den Gedanken zur Erwägung anheim geben, auf andere Weise Elektrizität zu erzeugen und das gewaltige Stromnetz, das sich dann über den Bundesstaat Sachsen spannen würde, auch von anderen Stellen zu speisen. Er denke an die Talperrten. Zum Kapitel des Finanzministeriums seien alle sich darin einig, daß der Staat nicht zurückstehen dürfe gegenüber Reich und Gemeinde in der Kriegsfürsorge und in der Fürsorge für die Arbeitslosen und der Feuerungszulagen. Er vermöge hierbei die Haltung des Finanzministeriums, wenn sie vorichtig sei, durchaus zu billigen. Er sei der Auffassung, daß der erste, der dazu verpflichtet sei, hier helfend einzugreifen, das Reich sei. (Sehr wahr! rechts.) Er halte auch die Haltung des Finanzministeriums um deswillen für richtig, weil man heute noch gar nicht alle die Möglichkeiten, alle die Verpflichtungen, die einmal auf diesem Gebiete an Gemeinden und Reich und Bundesstaaten herantreten könnten, überschauen könne. Deshalb sei hier Vorsicht in der definitiven Stellungnahme geboten. Redner wendet sich dann den Ausführungen des Abg. Dr. Seyfert über die Unterhaltung des Hausbesitzes zu, die dieser mit der Frage der Wohnungsfürsorge in Verbindung gebracht habe. Er glaube, man müsse da vorichtig sein, weil es da manche Differenzen gebe. Beim Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts unterschreibe er gern die Worte des Abg. Dr. Seyfert über die wichtigen und wesentlichen Vorgänge, die sich auf dem Gebiete des deutschen Geisteslebens gezeigt hätten. Er möchte insbesondere wünschen, daß der Zug tiefster Religiosität, der durch das Volk gehe, recht lange, wenn möglich, für immer erhalten bleiben möge (Bravo! rechts), denn er habe die Überzeugung, daß darin der Schlüssel zur Begründung dieses ungeahnten Siegeslaufes der deutschen Heere liege. Er möchte deshalb an das Kultusministerium die herzlichste Bitte richten, aufmerksam alles zu prüfen und jede Möglichkeit zu erwägen, die dazu angetan sei, diesen Geist in dem Maße nicht bloß in den Truppen, sondern auch im Inlande festzuhalten. — Die Warnung, die der Abg. Dr. Seyfert dann an das Kultusministerium bezüglich der Vorziehung der Jugend für das militärische Alter gerichtet habe, scheine ihm nicht ganz unbedeutend zu sein. Es dürfe in den jungen Jahren nicht der Glaube erweckt werden, sie wären schon Soldaten. Auch er sehe die Vorziehung von einem ganz anderen Standpunkte an und hoffe, sich da in Übereinstimmung mit der Auffassung der Kreise zu bewegen, die diese Bewegung förderten. Das, was das Heer groß gemacht habe, worin der Wert des Heeres liege, scheine ihm darin begründet zu sein, daß es dem Heere gelungen sei, den einzelnen Staatsbürger, der eintrete, zu einer Persönlichkeit zu erziehen. (Sehr richtig! rechts.) Dazu sei die Schule, die zwar die Intelligenz bilde, den jungen Mann erziehe, wegen aller großer Jugend der Kinder nicht in der Lage. Er möchte also bitten, daß diese Vorziehung für das Militär sich als Hauptgeschäftspunkt lege, den Charakter, den Willen der Betroffenen anzubahnen, daß sie allmählich zu vollen Persönlichkeiten heranwachsen. Beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten komme er zu einem Kapitel, das ihm in der gegenwärtigen Zeit von einer ganz eminenten Wichtigkeit und Bedeutung erscheine, dem Kapitel: Gesundheitswesen. (Sehr richtig! rechts.) Seine Partei habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Gesundheitswesen nötig seien. Sie seien aber noch mehr denn je nötig in der gegenwärtigen Zeit. (Sehr richtig! rechts.) Nur auf eins müsse man dabei Augenmerk richten, daß sie von Männern besetzt sein müßten, die ihrer Aufgabe voll ge-

wachsen seien. (Sehr richtig! rechts.) Er wolle sich eines Urteils über die gegenwärtige Bewegung enthalten, aber an der Hand der ausgeworfenen Mittel für diese Kosten die Behauptung aufstellen, daß der Lichte, der Begabte, der nicht im Besitze von ausreichenden Mitteln sei, es wohl werde ablehnen müssen, bei den Summen, die ausgeworfen seien, diese Kosten zu beziehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Gesundheitswesen müßten entschieden in die Lage gesetzt werden, entsprechend der Würde des Staates an diesen beiden Orten wirken zu können. Redner bespricht im Zusammenhang damit in ausführlicher Weise das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich. Es scheine so, als ob sich die Grundlagen der Stellung des Reiches zu den Bundesstaaten etwas verschoben hätten. (Abg. Dr. Speiß: Leiber!) In den letzten Jahren sei die Stellung des Bundesstaates nach seiner Auffassung etwas andere geworden als früher. Er glaube, es habe sich hier in Abweichung von den föderalistischen Grundlagen der Verfassung ein Wohnheitsrecht eingeschlichen, das keine Partei nicht für richtig halte. Der Bundesrat sei der Träger des souveränen Reiches. Im Bundesrat dürften Anträge nach der Verfassung allein die Bundesratsmitglieder bez. die Staaten, die hinter ihnen ständen, stellen. Die Sache habe sich aber anders entwickelt. Die Reichsämler hätten in der Zwischenzeit eine Stellung gewonnen, die ihnen nach der Reichsverfassung nicht zustehe. Diese Ämter hätten selbständige Minister erhalten, die zugleich preussische Minister seien. Die Gesetze würden nicht mehr im Bundesrat von Preußen oder Sachsen oder Bayern eingebracht, sondern von dem betreffenden Reichsamt, das die Vorlage bearbeitet habe. Das sei eine Verletzung der Kompetenz, wenn auch eine Verletzung der Arbeit. Er möchte die Staatsregierung bitten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es handle sich um die Abgrenzung der Aufgaben des Reiches gegenüber den Aufgaben der einzelnen Bundesstaaten. Es seien da einige Entgleisungen vorgekommen, und er möchte wünschen und bitten, daß die Staatsregierung, in aller Würde natürlich, aber in energischer Bahrung der Interessen des Bundesstaats dahin wirke, daß künftig derartige Entgleisungen nicht mehr vorkämen. Eines möchte er dabei bemerken. Der Forderung der Sozialdemokratie, die Einkommensteuer dem Reich zuzugehen, könne er nicht zustimmen. Wenn der Abg. Feilner gesagt habe, daß die Konventionen, wenn die Einkommensteuer dem Reich zugänglich gemacht werden sollte, immer den Einwand brähten, das grenze an die Konfiskation des Vermögens, und im Zusammenhang darauf hingewiesen habe, in welcher Weise jetzt England die Kriegsgewinnsteuer ausgebaut habe, um die Schulden des Krieges zu tilgen, so sei ihm dabei ein kleines Versehen unterlaufen. Eine derartige Kriegsgewinnsteuer, wie in England, sei nur eine vorübergehende Gelegenheitssteuer, in der niemals eine Konfiskation des Vermögens liege. Das Hauptgewicht liegt auch nicht auf dem Worte Konfiskation, sondern darauf, daß durch eine so starke Auspannung der direkten Steuern die Kapitalbildung hinfänglich werde, wie in Deutschland für das Gedeihen von Industrie und Handel unbedingt notwendig sei. (Sehr wahr! rechts.) Daß die Konventionen einer Gelegenheitssteuer, die einer Konfiskation nahekomme, durchaus nicht entgegen seien, das hätten sie bei der Weltkriegsbesprechung. Im Anschluß an seine vorherigen Ausführungen möchte er dann noch darauf aufmerksam machen, daß sich auch in der Literatur gegenwärtig eine Bewegung geltend mache, die noch viel weiter gehe und noch härter die militärische Ausbeutung des Reiches betone. Es handle sich um die Schrift eines Staatsrechtlers an der Berliner Universität, des Geheimrats Anshütz: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, in der dieser seine Gedanken über die künftige Staatsreform im Deutschen Reich äußere. Dieser sage: „Das Reich ist nicht das Vertragsverhältnis, sondern der Herr seiner Gliedstaaten.“ Damit verweise er mit einer Handbewegung die ganze Grundlage der Reichsverfassung. Er möchte noch dem Herrn Staatsrechtler anheimstellen, den Eingang der deutschen Reichsverfassung zu lesen. Wie ein Staatsrechtler an der ersten Hochschule in Deutschland so etwas schreiben könne, sei ihm unverständlich. Wie sich der Herr die weitere Entwicklung der Reform der deutschen Reichsverfassung denke, sage er auf Seite 50 seiner Schrift: „Hier müssen Reformen einsehen. Ihre Richtlinie liegt, wie es mir scheint, klar, kann aber hier nur angedeutet werden. Die „Reichsleitung“ muß die einzige, muß die Reichsregierung werden, eine im Kaiser gipfelnde, durch dessen Minister, den Reichskanzler und die Staatssekretäre (deren Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage schärfer zu betonen und durch geeignete Einrichtungen auszubauen wäre) tätige Reichsregierung, auf welche die jetzt vom Bundesrat ausgeübten Regierungsgewalten übergehen. Der Bundesrat wird aus einem repräsentativen zu einem parlamentarischen Faktor, zu einem neben dem Reichstag tretenden — einflussreichen — Reichsoberhaus, das zugleich die Funktionen eines Staatsrats vertritt.“ Weiter sage er, daß der Kaiser zum obersten Träger der Reichsgewalt, zum Souverän des Reiches erhoben werden solle. Diese Ausführungen hätten, wie er höre, auch starken Anklang in der Bevölkerung gefunden, welche die Verhältnisse, insbesondere den Inhalt der Reichsverfassung zu beurteilen nicht in der Lage sei. Er bitte, daß die Regierung solchen Substantionen ihre Aufmerksamkeit schenken und vielleicht mit der Reichsregierung oder im Bundesrat ins Benehmen trete, wie man dort derartigen Bestrebungen gegenüber stehe. Die Sache sei nicht unwichtig, und er möchte fragen, ob unter dem Schutze des Bürgerrechts solche Äußerungen von solcher Stelle zulässig seien. Man könne ja darüber verschiedener Ansicht sein. (Abg. Rühlke-Deußig: Sehr richtig!) Er wolle damit lediglich die Bahrung der sächsischen Interessen in die Hand nehmen. Darüber seien sich wohl alle einig, daß man an dem föderalistischen Prinzip festhalten müsse, und daß sich die Stellung der Bundesstaaten innerhalb des Reiches nicht verschoben dürfe. Redner präzisiert hierauf im Austrage seiner Fraktion deren Standpunkt in der Frage der sächsischen Eisenbahnhöhe, die vom Abg. Dr. Rietzhammer besprochen worden ist. Die Reichsverfassung spreche sich in klarer Weise darüber aus, wie die Bahnfrage behandelt werden solle. Wenn der Art. 42 der Reichsverfassung präzis durchgeführt werde, so erübrigten sich die Bestimmungen der Nationalallierten nach einer weiteren Vereinbarung der Bahn. Seine Partei müsse an der Bahnhöhe aus zwei Gründen festhalten: einmal, weil die Einkünfte aus den Bahnen für die sächsischen Staatsfinanzen ein ganz wesentlicher, vielleicht der wesentlichste Bestandteil seien, und zweitens — ein Punkt, den auch der Hr. Abg. Dr. Rietzhammer ganz besonders anerkenne —, weil die Verlässlichkeit lokaler Wünsche von hier aus eher zu erwarten sein dürfte, als wenn das von der Zentralstelle aus geschähe. (Sehr richtig! rechts.) Diese lokalen Wünsche aber seien wesentlich für die Entwicklung des Verkehrs und der sächsischen Industrie. (Sehr richtig!) Wenn der Abg. Dr. Rietzhammer weiter gefasst habe, der Verkehr sei nicht nur national, sondern international, so könne er das nur mit einer gewissen Einschränkung gelten lassen. Sachsen habe zunächst natürlich nur Interesse an dem Ausbau seines sächsisch-nationalen Verkehrs. Daß das sächsische Verkehrswesen natürlich toll wäre, wenn es nicht einen rechten Anstoß an die umliegenden Verkehrsabern habe, das sei selbstverständlich, und er unterschreibe deshalb die großzügigen Gedanken über die Perspektive: von Hamburg bis Bagdad unter Eingliederung unserer sächsischen Eisenbahnhöhe. In bezug auf die Frage der Wasserstraßen

bestehende für Sachsen die Notwendigkeit, vielleicht durch eine Verbindung zwischen Elbe und Donau die Verkehrsmöglichkeiten der Elbe für Sachsen in ausgiebiger Weise auszunutzen. Nach dieser Richtung möchte sich die Aufmerksamkeit der Regierung richten, zu der er das Vertrauen habe, daß sie in all den Punkten, die er angeführt habe, mit der nötigen Umsicht und Vorlicht und auch mit dem nötigen Entgegenkommen gegen andere bundesstaatliche Interessen, aber auch mit der nötigen Festigkeit in der Bahrung der sächsischen bundesstaatlichen Interessen vorgehen werde. (Beifolles Bravo!)

Staatsminister Graf Bismarck v. Gilsdorf
(nach den stenographischen Niederschriften)
geht zunächst auf die Äußerungen der einzelnen Redner zur politischen Lage ein und fährt dann fort:
Was den Aufsatz des Hrn. Prof. Anshütz in der „Zeitschrift“ anlangt, die der Hr. Abg. Dr. Böhmke jordan im Laufe seiner Ausführungen erwähnt hat, so stimme ich mit dem Hrn. Abg. Dr. Böhmke durchaus in der Beurteilung dieser Ausführungen überein. Auch ich halte sie für durchaus abwegig und verkehrt. Ich glaube aber nicht, daß man diesen Ausführungen eine besondere politische Wichtigkeit wid beimesen können (Sehr richtig! in der Mitte), da diese Ansichten von denjenigen der maßgebenden Stellen in Berlin durchaus abzuweichen und wir keinen Anlaß haben, daran zu zweifeln, daß der Reichskanzler und alle maßgebenden Stellen in Berlin durchaus auf dem von dem Hrn. Abg. Dr. Böhmke vorhin charakterisierten föderalistischen Standpunkte stehen.
Nun hat der Hr. Abg. Dr. Böhmke aber doch gemeint, die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hinlenken zu sollen, daß in den Kreisen der Reichsämler ein neues Wohnheitsrecht bestehe, das sich in Abweichung von den föderalistischen Grundlagen der Verfassung ausgebildet habe. W. S.! Ich muß das bestritten. Wir haben keinen Grund zur Beschränkung und wir haben nicht die Befähigung gemacht, daß sich ein Ausdruck von der Verfassung abweichendes Wohnheitsrecht gebildet habe. (Hört, hört! in der Mitte.) Es kann sich höchstens um eine Praxis handeln, welche die Geschäfte erleichtert. Es wird von den Reichsämlern durchaus daran festgehalten, daß ihre Vorlagen den Vorlagen der preussischen Regierung sind und daß diese in den Reichsämlern vorbereitet nur mit der preussischen Stimme beim Bundesrat eingebracht werden können. Dieser strenge Standpunkt, der vom Reichskanzler in korrekter Weise angenommen wird, ist uns sogar oft sehr unangenehm gewesen; denn es ist uns wiederholt, wenn wir über die Absichten des Reichskanzlers uns haben unterrichten wollen, gesagt worden, ich bin nicht in der Lage, Ihnen darüber eine Auskunft zu geben, weil ich mich erst der preussischen Stimme versichern muß und erst wissen muß, wie die preussische Regierung dazu steht. Wir haben demgegenüber das Interesse, daß Angelegenheiten, die unter Umständen nicht nur von Preußen, sondern auch von anderen Staaten angetagt worden sind oder in anderen Staaten öffentlich erörtert werden, in Berlin von einer Stelle bearbeitet werden, bei der wir unsere Interessen vertreten können, einer Stelle, die mit den sämtlichen deutschen Staaten in Verbindung ist. Wenn uns nun von dieser Zentralstelle gesagt wird, wir geben auf eure Wünsche jetzt nicht ein; denn wir müssen erst mit der preussischen Stimme uns verständigen, so würde das gewiss nicht in unseren sächsischen Interessen liegen, das vielmehr dahin geht, daß wir möglichst früh mit der Sache befaßt werden. Ich weiß nicht, ob ich mich verständlich angedrückt habe. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß eine sehr korrekte Handhabung unter Umständen gerade nicht in unserem Interesse liegt und daß wir immer dankbar dafür gewesen sind, wenn die Reichsämler uns von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt haben und wenn sie uns zu gewissen Vorbereitungen hinzugezogen haben, bevor sie sich der Zustimmung der preussischen Stimme versichert haben.
Einen besonderen Dank möchte ich auch dem Hrn. Abg. Dr. Böhmke dafür aussprechen, daß er die sächsischen Gesundheitswesen in ihrer Notwendigkeit erwiesen hat. Ich kann nur durchaus mit ihm darin übereinstimmen, daß der Krieg erwiesen hat, daß die Gesundheitswesen jetzt notwendig sind denn je.

Abg. Schulze (503.)
wendet sich zunächst gegen den Ausdruck „Staatshaushaltsetat“, der besser zu verdeutschen sei. Hierauf verweist sich der Redner des längeren über die Gründe, die seine Partei veranlaßt hätten zur Einbringung des Antrages Nr. 5, daß den Beamten und Arbeitern in den Staatsbetriebe Feuerungszulagen gewährt werden, und zwar bis zu 300 M. Einkommen. Es bestehe eine offensichtliche Notlage für diese Schichten der Bevölkerung. Er glaube deshalb, daß der Landtag unerschrocken an die Bewältigung der Zulage gehen werde, schon aus Gründen der Volksgesundheit, da durch die Verteuerung der Lebensmittel für die Familien mit so niedrigem Einkommen die Gefahr der Unterernährung bestehe. Zum Etat im allgemeinen möchte er sagen, daß der vorgelegte Etat die Wirkungen des Krieges nur zu einem ganz geringfügigen Teile erkennen ließe. Die Zeit nach Friedensschluß sehe er durchaus nicht optimistisch an, er glaube wie sein Parteifreund Feilner eher, daß mit der misserlichen Höhe der Steuern nach dem Kriege unmöglich auszukommen sei. Deshalb habe sich seine Partei bei Stellung der Anträge, die Geldmittel betreffen, auf die Forderungen beschränkt, die aus der Not der Zeit geboren seien und unabhängig vom Kriege und seinen Folgen erlebt werden müßten. Vor allen Dingen glaube er, daß auch die Darlehen und jene Mittelstandsanträge, die seit langen Jahren Gegenstand der Besprechung in diesem Hause gewesen seien, unter diesem Gesichtspunkte mit beurteilt werden müßten. Soweit es sich um Unterhaltungen der direkten Notlagen als Folgen des Krieges handle, seien diese Mittel selbstverständlich bereitzustellen. Wenn es sich aber darum handle, zurückgegangene oder untergegangene Gewerbebetriebe wieder flott zu machen, so könne das nur in der Weise geschehen, daß Darlehen gegeben würden. Dem übrigen sei seine Partei natürlich durchaus dafür, daß überall da, wo sich die Wirkungen des Krieges auch während des Krieges zeigen, der Staat helfend eingreifen habe. Die Einzelheiten dieser Fragen würden sich am besten in der Deputation besprechen lassen. Sodann erkläre sich der Redner gegen den Abg. Wiener, daß der Staat zur Entlastung der Gemeinden und Erleichterung der Darlehensgewährung die Hälfte der Garantie übernehmen sollte. Der von einigen Sozialdemokraten für den Fall eines Krieges vorausgesetzte Zusammenbruch sei nicht erfolgt, aber der innere Charakter der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich das freie Spiel der Kräfte, sei zusammengebrochen. Dieses sei vom 1. August ab systematisch durch die Bestimmungen des Bundesstaates unterbunden worden. Er erinnere an die Gründung von Hochhofs-Gesellschaften zur Abkämpfung des Bedarfs von Heer und Industrie und ihre Beteiligung an die Produzenten, die Beschlagnahme von Leder, von Metallen, von Gummi, die Einstellung des privaten Automobilverkehrs, die Wegnahme der staatlichen Automobile, die staatliche Förderung von Erfindungen, die Errichtung neuer Fabrikanlagen mit Staatshilfe unter der Verpflichtung zur Übernahme bestimmter Produktionsverpflichtung. An die Stelle des freien Spieles der Kräfte sei getreten eine Bedarfsregelungswirtschaft. Er erwähne noch die völlige Umwälzung des Transportwesens, die Eingriffe des Staates in das Eisenbahnwesen in bezug auf die Veranschaulichung von Rohmaterial für die Privatindustrie, nicht zuletzt an die Verstaatlichung der Regelung des Arbeitens. Die

Werken seien geschlossen worden. Nur die Berliner Börse sei wenigstens in den letzten Wochen wieder geöffnet worden. Auch in bezug auf den Lebensmittelmarkt, das wichtigste Gebiet während des Krieges, sei das freie Spiel der Kräfte unterbunden worden. Er brauche nur zu erinnern an die Beratungen über das gesamte Gebiet des Wirtschaftslebens. In diesem allen liege durchaus kein Stück Sozialismus, wie ausgesprochen worden sei. Die Durchführung dieser Beratungen habe den Gemeinden eine ungeheure Arbeitslast gebracht. Auch richte er an den Hrn. Finanzminister die Frage, woher im Falle einer längeren Kriegsdauer die Gemeinden die ihnen durch die Kriegsunterstützungen und durch den Krieg überhaupt auferlegten Lasten nehmen sollen. So habe die Stadt Leipzig mehr als 23 Mill. M. bis heute ausgegeben, Dresden wohl 12 Mill. M. Fünf Bezirksverbände hätten bis zum 1. Oktober d. J. mehr als 15 Mill. M. ausgegeben. Deshalb sei seine Partei der Auffassung, daß die Regelung der Wiedereinführung dieser Ausgaben an die Gemeinden unbedingt eine der nächsten Aufgaben, wenn nicht des Reichstages, so doch mindestens des Landtages sein müsse. Aus der Äußerung des Abg. Dr. Seyfert, daß der Arbeiter im höheren Lohn die indirekte Steuer, die er an das Reich leihe, wieder zurückerhalte (Nachher bei den Sozialdemokraten), schloß er, Abg. Dr. Seyfert habe nicht beobachtet, welche ungeheuren Kämpfe die Arbeiterschaft habe durchzuführen müssen, um nur einigermaßen die Wirkung der Höhe wieder auszugleichen. Der Redner geht sodann auf die Frage der Kriegsenwickelung ein und verliert im Anschluß hieran einen vom preussischen Wehrverein lebhafte gefassten Beschluß, dessen Inhalt sich mit der vorhin ausgesprochenen Auffassung des Abg. Dr. Böhmke decke. Bei den vor dem Kriege zwischen Deutschland und den feindlichen Ländern, insbesondere Frankreich und England, vorhanden gewesenen Handelsbeziehungen, sehe seine Partei auf dem Standpunkte, daß Deutschland im Interesse seiner Industrie auf den Verkehr mit den feindlichen Ländern auch in Zukunft wieder angewiesen sei. Deshalb sei es die Aufgabe seiner Partei, auf die Verständigung mit den Nationen hinzuwirken.

Präsident
macht hierauf bekannt, daß der schon vorgetragene Antrag des Vizepräsidenten Fräßdorf über Behandlung der verschiedenen Anträge noch durch folgenden Antrag ergänzt worden sei:
„Die Anträge Colson u. Gen. Trudschke 5, 6, 7, betreffend Teuerungszulagen, Reichs- und Staatssteuer der Finanzdeputation A zu überweisen.“

Hierauf erhält das Wort zu einer tatsächlichen persönlichen Bemerkung

Abg. Meißner (soz.)
Er wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Brodau (Fortf. Sp.), daß die äußerste Linke heute zum erstenmal eine Kritik an der Art der Einarbeitung vorgebracht habe.

Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag vormittags 10 Uhr vertagt.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 27 Min.)

II. Kammer.

9. öffentliche Sitzung am 2. Dezember.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 11 Min. vormittags.

An der Regierungstische: Ihre Excellenzen die Staatsminister DD. Dr.-Ing. Ved, Graf Bithum v. Eckardt, v. Seydewitz, Dr. Nagel und Generalleutnant v. Bilsdorf, sowie die Regierungskommissare Ministerialdirektoren Ihre Excellenzen Wirkl. Geh. Räte Dr. Schrodter und Dr. Roscher, die Geh. Räte Bilsdorf, Dr. Wähle, Uterich, Dr. Scheider, Dr. Rumpelt, Heintz, Dr.-Ing. Schmalz, ferner die Geh. Räte Fuß, Dr. Kühn, v. Kostig, Dr. Krüger, Dr. Otto, Dr. Müller, die Geh. Justizräte Dr. Mannfeld, Ripsche, Dr. Rau, die Geh. Finanzräte Dr. Hedrich, Dr. Böhmke, die Geh. Regierungsräte Stadler, Dr. Jund, v. Kostig-Wallwitz, Dr. Böhmke, Thiele, Dr. Carlis und Michel, die Wehll. Geh. Kriegsärzte Sturm und Walde, die Geh. Schulräte Dr. Lange, Dr. Siefing und Sieber, Legationsrat Graf Bithum v. Eckardt, Amtshauptmann Bollmer, Regierungsrat Dr. Knäuper, Oberfinanzrat Friedrich und Regierungsamtmann Dr. Venus.

Entschuldigt ist Abg. Dr. Riethammer wegen Krankheit am Orte.

Nach Vortrag der Registrande wird sofort in die Tagesordnung eingetreten: Fortsetzung der gestrigen Beratungen.

Das Wort erhält zunächst

Staatsminister DD. Dr.-Ing. Ved

(nach den stenographischen Niederschriften):
Meine sehr geehrten Herren! Der zweitägige Verlauf der allgemeinen Beratung des Staatshaushaltentwurfes hat die Annahme bestätigt, daß sämtliche Reden im Zeichen des Beistehens stehen und von dort ihre Bedeutung erfahren würden. In erster Linie hat man mit Recht in Übereinstimmung mit König und Vaterland den unvergleichlichen Heldentaten unserer Truppen die höchste Verehrung bezeugt und den unaussprechlichen, nie vergehenden Dank für ihre Hingebungen, ihre Treue, für ihre Tapferkeit und die todesmutige Aufopferung ihres Lebens im Dienste des Vaterlandes gesagt. Demnach hat man, wie es ja selbstverständlich ist, die großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, von denen wir in dieser Zeit erfüllt sind, in den Vordergrund gestellt, zu meiner großen Freude aber auch während des Weltkrieges den hier immer mit besonderer Wärme verfolgten Kulturaufgaben wiederum das rechte Interesse entgegengebracht, und, wie es bereits in der Thronrede und in der Rede des Hrn. Finanzministers geschehen ist, auch hier die allgemeine Verwendung darüber ausgesprochen, daß auch in diesem gewaltigen aller Kriege die Pflege der Kulturaufgaben so gut wie keinerlei Einschränkungen in unserem Lande hat zu erfahren brauchen. U. S. Es ist vielleicht von allgemeinem Interesse, in diesem Zusammenhange kurz auf folgende Tatsachen hinzuweisen. Bereits die Beratung des Verwaltungsbereiches der Generaldirektion der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft ist hier darüber mit Genugtuung gesprochen worden, wie auch in dieser ersten und gewaltigen Zeit unsere sämtlichen Museen in ihrem Betriebe haben aufrecht erhalten werden können, daß wichtige Sammlungen, wie das Historische Museum, das Münzkabinett und vor allen Dingen das Gröne Gemäldegalerie im Kriegesjahre eine leider nur vorübergehende, lothbare Vereinerung erfahren hat, und wie vor allen Dingen das Verzeichnungsvermögen, das übrigens, einem Wunsch aus dem hohen Hause entsprechend, im Etat einen anderen Namen erhalten hat, seinen Höchstbestand von 200 000 M. auch im neuen Etat beibehalten hat, wie endlich 500 000 M. für die Erbauung der modernen Gemäldegalerie im

Etat haben untergebracht werden können. U. S. Ich darf ferner daran erinnern, daß im Kriegsjahre ganz hervorragende Nummern, und zwar die mit nahezu 2 000 000 M. erbaute Laubkammeranlage zu Leipzig und dann das Hauptkassarschloß, zu dessen Verfertigung ich die hohen Kammern demnächst einzuladen mit erlaube werden, in Betrieb haben genommen werden können. Damit sind zwei sehr bedeutsame Kulturwerke wiederum unserem Lande zugeführt worden. Sie werden weiter mit Freude hören, daß zu hoffen ist, es werde auch das große vaterländische Unternehmen der deutschen Bücherei im nächsten Jahre trotz der jetzigen Schwierigkeiten in der Ausführung des Baues seiner legendären Bestimmung übergeben werden können. Wenn ich noch daran erinnere, daß für den Neubau der Tierärztlichen Hochschule in Leipzig wiederum der hohe Betrag von 1 000 000 M. neben anderen Beträgen für Universitätsbauten im Etat hat eingestellt werden können, daß an der Universität Leipzig eine sehr wichtige zeitgemäße Förderung erfüllt worden ist, nämlich die Errichtung einer Abteilung für Zeitungswissenschaft, daß ferner — allerdings zunächst noch ohne Mitwirkung des Staates — eine Schule für Bibliotheks- und Museumsbeamte begründet worden ist, daß an der Universität drei neue außerordentliche Professuren errichtet sind und meine im vorigen Landtag gegebene Zusage in Erfüllung gegangen ist, durch Begründung von vier bedeutsamen ordentlichen Professuren an der Technischen Hochschule diese mehr und mehr zu einem hier hochgeschätzten Sammelpunkte allgemeiner Bildung auszubauen, und daß endlich zur Förderung des Fortbildungsschulwesens im Etat ein höherer Betrag hat eingestellt werden können, so werden Sie daraus erkennen, wie wir auch im Kriegsjahre bemüht gewesen sind, tätig fortzuschreiten. So hat der Kultusetat, der die Kap. 88 bis 101 umfaßt, nahezu in derselben Höhe eingestellt werden können. Der verhältnismäßig geringe Unterschied von 731 734 M. bei einem Gesamtetat von etwa 37 1/2 Mill. M. und findet seine Begründung lediglich in der Beschränkung des Bauauswandes und in dem Wegfall der 300 000 M., die im vorigen Etat für die Entschädigung der evangelischen Kirche anlässlich der Veränderungen durch das Kirchenvertragsgesetz vorgesehen waren.

U. S. Wenn ich diese Ihnen ja zumest bekannten oder wenigstens aus dem Etat ersichtlichen Tatsachen hier zusammenstellen und vorzutragen mir erlaubt habe, so geschah es einmal, weil das allgemeine Interesse sich diesen Dingen auch außerhalb des Hauses zuwenden wird, vor allen Dingen aber auch deshalb, um vor dem nördlich und scheid auf unsre geordneten Verhältnisse bildenden feindlichen Ausland hier festzustellen, daß ein Volk, das trotz der gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Krisenpannung in diesem größten aller Kriege gegen eine Welt von Feinden in der Lage ist, solche Mittel für seine Kulturaufgaben noch aufzubringen, nicht an dem von unseren Gegnern gewünschten und darum auch so gern geglaubten Zustand der Kriegsmüdigkeit oder Erschlaffung angekommen ist, sondern, seine hohe Weltmission als erste Kulturmacht der Welt fortgesetzt erkennend, seine Unverwundbarkeit und den Höhepunkt seiner nationalen Kraft damit behaltet. (Bravo!) U. S. Ist es aber gelungen, die bestmöglichen Angriffe unserer Feinde nicht bloß von unseren Grenzen erfolgreich abzuwehren, sondern überall nach Nord und Süd, nach Ost und West siegreich vordringend unseren Gegnern die wohl bald bei ihnen dämmernde Überzeugung von der Unüberwindlichkeit Deutschlands beizubringen, so verdanken wir diese in der Geschichte beispiellosen Erfolge in erster Linie dem ohne Unterbruch unseres in monarchischer Treue um seine Fürsten gekämpften deutschen Volkes, der genialen Führung unseres Herrschers und unserer Flotte, der todesmutigen Tapferkeit unserer Truppen, aber nicht zuletzt den sittlich-harten Kräften, die unser Volk zu solchem Heldentum und zum Durchhalten unter freudiger Opferung von Gut und Blut befähigt haben.

Woraus aber anders dürfen wir diese glänzende Vorbereitung unseres Volkes auf den gewaltigsten aller Kriege, den es je zu führen gehabt hat, zurückzuführen? Schon mehrfach haben in diesen Tagen die meisten der Herren Fraktionsredner es ausgesprochen, daß die beiden großen Erziehungsmächte unseres Landes, die Kirche und die Schule, es waren, die es zu dem gegenwärtigen unvergleichlichen Heldentum im Felde und in der Heimat erlähmt haben. Und wenn bisher vom Ministerische aus allen Beamten und allen Arbeitern für die ausgezeichnete, erfolgreiche Mitwirkung an der Erringung des Sieges in der Heimat der Dank ausgesprochen worden ist, so ist es mir als Kultusminister herliches Bedürfnis, auch der Geselligkeit und der Vorkühnheit unseres Landes für ihre legendäre Mitarbeit draußen im Felde und hier im Lande den warmen Dank auszusprechen. (Bravo! rechts.) und diesen auch auf die großartige, vorbildliche Organisation in unseren politischen und Schulgemeinden zu übertragen.

Wie Hr. Vizepräsident Lopy neulich bemerkte, daß Reiche nur mit den Kräften erhalten werden, durch die sie begründet sind, so hat auch Hr. Abg. Dr. Seyfert gestern den Wunsch ausgesprochen, daß der tiefe, sittlich-religiöse Ernst aus dieser Zeit auch in die Zeit des Friedens hinüber unseren Volke bewahrt werden möge. Ich betone mich freudig namens der Regierung zu diesen beiden Kundgebungen. Wir werden, das ist unser selbsterhelltes Glauben, und wir müssen den Sieg an unsere Fahnen fesseln. Das wird aber nur geschehen, wenn Deutschlands gewaltiger, von der ganzen Welt bewundertes militärischer und wirtschaftlicher Kraftentfaltung auch ferner die sittlich-religiösen Kräfte zur Seite bleiben, die unser Volk unter den Stürmen des Kriegesgeistes zu diesem Heldentum und zu dem aufopferungstreubigen Durchhalten befähigt haben. Wenn bereits der Geschichtsschreiber die härtesten Wurzeln der Kraft unseres Volkes aufdecken wird, durch die es hierzu erlähmt wurde, so wird man den hervorragenden Anteil an diesem Erfolge mit auf die Schulen in allen ihren Gestaltungen zurückführen. (Sehr richtig!) bei der Fortschrittlichen Volkspartei, von der Hochschule herunter bis zur einfachen Volksschule, die in Erfüllung ihrer Pflicht und Schuldigkeit in jahrzehntelanger, stiller, festgesetzter und geordneter Friedensarbeit das gegenwärtige Geschlecht zu dieser Tapferkeit und diesem Heldentum erzogen haben.

Tann wird man aber auch der großen Hingabe und erfolgreichen Mitarbeit aller Schulen in den Hochschulprofessoren und unserer begeisterten akademischen Jugend, in den Lehrern und Schülern innerhalb der Heimat gedenken, die es bei keiner Gelegenheit haben fehlen lassen, wo es notwendig war, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Als Vorstand der Unterrichtsverwaltung darf ich heute mit besonderer Freude und mit Stolz hier befinden, daß mit von den höchsten Stellen die ausgezeichnete Bewährung unserer vaterländischen Lehrerschaft im Felde geteilt worden ist, die in einer Zahl von mehr als 6000, darunter mehr als 40 Proz. aus der Volksschule, zu den Fahnen gerufen ist und sowohl in der Stellung als Führer wie in der moralischen und vaterländischen Beeinflussung der Truppen im Felde Hervorragendes geleistet und ihre Tapferkeit, das sei gesagt, leider auch schon in einer Zahl von mehr als 750 mit dem Heldentode besiegelt hat.

Meine sehr geehrten Herren! Zur Aufrechterhaltung der Kulturaufgaben im Weltkriege gehört in erster Linie die möglichst unverminderte Erhaltung des Schulbetriebes. Dies ist — das dürfen wir mit freudiger Genugtuung rühmen — sowohl in den Volksschulen als in den höheren Unterrichtsanstalten und in den Volkshochschulen nahezu vollständig gelungen; dafür gebührt allen Beteiligten der warmste Dank.

Die Schwierigkeiten für die Unterrichtsverwaltung waren hierbei außerordentlich groß. Sie sah sich vor ganz neue Aufgaben gestellt, deren Bewältigung mit der fortschreitenden Dauer des Weltkrieges natürlich wachsen mußte, und oft waren hierbei die widerstreitendsten Interessen auszugleichen. In erster Linie handelte es sich um Aufrechterhaltung des Schulbetriebes in vollem Maße, zuerst im Interesse unserer Jugend selbst. Die Unterrichtsverwaltung mußte sich der hohen Verantwortung vor dem Vater-

lande und vor dem im Felde stehenden Völkern unserer Schulkinder bewusst bleiben, die ein Krieger darauf haben, daß in der Heimat für ihre heranwachsenden Kinder ebenso erfolgreich gefordert wird, wie sie selbst mit ihrer Brust draußen die Sicherheit des Vaterlandes bedenken.

Hierbei hatte die Unterrichtsverwaltung die Wahrnehmung zu machen, daß die Annahme, die großen Eintritte des Krieges würden überall verebend auch auf die Jugendziehung wirken, leider nicht in diesem Maße in Erfüllung gegangen ist. Die steigende Kriminalität in der Aburteilung der Jugendlichen hat zu unseren lebhaften Bedauern erwiesen, wie der Krieg auch andere Folgen gezeitigt hat. Hr. Abg. Dr. Seyfert wies schon gestern auf die vielfach ausgetretene Bevölkerung der Jugend hin, auch aus den Berichten der Bezirksschulinspektoren ist mir ersichtlich gewesen, wie lebhaft diese Klagen im Lande sind. Das Kultusministerium hat infolgedessen bereits unter dem 14. September eine Generalverordnung an sämtliche Bezirksschulinspektoren erlassen, in der auf diese sehr und mehr breitenwachsenden Auswüchse in unserem heranwachsenden Geschlecht hingewiesen und folgendes bemerkt ist:

„Die Ursache dieser bedauerlichen Erscheinungen ist namentlich darin zu suchen, daß viele Familienväter im Felde stehen, und daß deshalb die straffe häusliche Zucht fehlt. Dazu kommt, daß die Kinder infolge der an vielen Orten notwendig gewordenen Einschränkung des Schulunterrichts viel mehr freie Zeit als sonst haben, die zum Müßiggang und mancherlei Verfehlungen verleitet, sowie daß leider auch im Kriege die Schulbibliothek und der Besuch ungeeigneter Kinovorstellungen ihren unheilvollen Einfluß geltend macht.“

Ich möchte in Verbindung hiermit auch noch ausdrücklich mitteilen, daß unter dem Einfluß des Krieges unsere heranwachsende, insbesondere die fortbildungspflichtige Jugend im Lande bisweilen sogar vor Diebstahl und Brandstiftung nicht zurückgeschreckt ist, die man gewissermaßen als eine Form der Requisition bezeichnet hat. Das ist doch bezeichnend für die Auffassung dieser Kreise, die noch keinen blässen Schimmer davon zu haben scheinen, wie es auch an ihnen ist, sich wirklich der großen Opfer der Väter draußen zu erweisen.

U. S. Das Kultusministerium vertraut darauf, daß unsere Lehrerschaft wie bisher auch in Zukunft diesen Schäden am Körper unseres Volkes die größte Aufmerksamkeit widmen und durch sorgfältige Erziehung der Jugend besonders jetzt mit dazu beitragen wird, das heranwachsende Geschlecht als die Zukunft des Vaterlandes für die kommenden Ereignisse wirksam vorzubereiten.

U. S. Dann möchte ich noch auf die gefügigen Bemerkungen einzelner Herren Fraktionsredner zurückkommen. Ich muß hierbei die Bemerkung an die Spitze stellen, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern durch eine unvermeidliche Teilnahme an der Sitzung der Ersten Kammer verhindert war, gerade während jener Reden hier anwesend zu sein, daß ich mich deshalb darauf beschränken muß, sie an der Hand der Mitteilungen, die mir darüber gemeldet worden sind, zu beantworten.

Vorher gefassten Sie mir aber noch etwas anderes nachzusagen. Bei den von mir angebotenen widerstreitenden Interessen, mit denen die Unterrichtsverwaltung zu kämpfen hatte kamen zu unserm Gehör auch die Wünsche der Lehrerschaft, die von heftiger Sehnsucht erfüllt war, die stille Arbeit in der Schule mit dem Felde der Ehre zu vertauschen und an der Seite der übrigen Volksgenossen für das Vaterland mitzukämpfen und zu liegen und, wenn nötig, auch zu sterben. In einem gewissen Widerspruch mit diesen Wünschen standen die auf Aufrechterhaltung des Schulbetriebes gerichteten Rücksichten, die zu meiner großen Freude auch in der Lehrerschaft mehr und mehr Anerkennung gefunden haben. Ferner traten die Wünsche von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft auf, zum Felde für vielfach fehlende Arbeitskräfte die fortbildungspflichtige Jugend nutzbar zu machen. Endlich kamen die Klagen der finanziell stark bedrängten Gemeinden zu unserem Gehör. Kurz und gut, in diesem Widerspruch der Interessen den richtigen Ausgleich zu finden, war manchmal recht schwer. Der Hr. Finanzminister hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung durch die Kriegsaufgaben vor sehr verantwortungsvolle Entscheidungen gestellt wurde, und daß der Weg oft schmal und beschwerlich war und nicht überall vollen Erfolg gefunden hat.

U. S. Die Regierung nimmt nicht für sich in Anspruch, in allen diesen Fragen allein den Stein der Weisen gefunden zu haben, sie darf aber für sich das Zeugnis beanspruchen, daß sie tagtäglich in erster Erwägung aller dieser wichtigen Fragen dem Ausgleich der widerstreitenden Interessen zugestrebt und ihn durchzuführen verucht hat, eingedenk der gewiss von Ihnen nicht bestreiten hohen Verantwortung, daß die Schule einer der wichtigsten Zweige der öffentlichen Wohlfahrt ist. (Abg. Günther: Sehr richtig!)

Nachdem ich das Vergessene hier noch nachgeholt habe, könnte ich also zu den einzelnen Bemerkungen der geehrten Redner. Der Hr. Abg. Dr. Seyfert war es, der zunächst nach allgemeiner Anerkennung der in der Schule geleisteten Arbeit während des Krieges die Meinung ausgesprochen hat, es könnten die Unterrichtsformen noch mehr der Zeit angepaßt werden, und in mehreren höchstem gemeinsamen Lehrstunden für verschiedene Klassen stattfinden, Nichtlehrer nicht zum Unterricht, wohl aber zur Erziehungsarbeit mit herangezogen werden. U. S. Diese bereits zu Anfang des Jahres auch in der Presse behandelte Frage hat, soweit ich unterrichtet bin, seitens der Fachmänner die Beurteilung erfahren, daß es nicht erwünscht sei, nichtpädagogisch geschulte Kräfte zum Unterrichte herbeizuziehen. Ich gedenke insbesondere eines Artikels hierüber im „Leipziger Tageblatt“, in dem von fachmännischer Seite folgendes ausgesprochen war:

„Wer im Ernste glaubt, der Deutsch-Unterricht könne von Schriftstellern, Geschichtswissenschaftlern, Männern, Geographen von gebildeten Kaufleuten, Naturlehrern von Ingenieuren und Handarbeitern, Naturkunde von Landwirten und Naturfreunden erteilt werden, kennt nicht die Volksschularbeit in ihrem inneren Wesen.“

Das Ministerium hat sich in allgemeinen ebenfalls auf diesen Standpunkt stellen müssen, da es sich ja nicht darum handeln kann, die Schule nur als Lernschule anzusehen, um die Kinder auch im Kriege mit möglichst vielem Wissen zu versehen, sondern in erster Linie als Erziehungsschule, die gerade in dieser Zeit ganz hervorragenden Aufgaben zu genügen hat. Um aber dem Lehrermangel abzuwehren, sind doch Maßnahmen nach der Richtung hin getroffen worden. Das Ministerium hat nicht in Sachen gepreßte Lehrkräfte und verbeiratete Lehrerinnen zum Schuldienst während des Krieges zugelassen. Nach den vorliegenden Berichten haben auch Geistliche zeitweilig Unterricht übernommen; emeritierte Lehrer haben sich zur Verfügung gestellt; Nachschreibern, Hausarbeitern und Radelarbeitslehrerinnen sind Lehrkräfte, für die sie nicht geprüft waren, übertragen worden, und Kinbergärtnerinnen sind in Unterrichtszweigen der Kleinen eingestellt worden, auch andere ungeprüfte Lehrkräfte, wie Studenten und Studentinnen, Töchter von Geistlichen und Lehrern, Konservatorinnen, Musiker, Kaler und Malerinnen haben Verwendung finden müssen. Das war allerdings nicht überall möglich, sondern nur in beschranktem Maße an den großen Schulen, wo sich die erforderlichen Einrichtungen dafür treffen ließen, und die Hilfskräfte auch durch den Direktor die nötige Anleitung erhalten konnten. Deshalb mußte die Entscheidung über die Annahme solcher Hilfskräfte zunächst den Schulbehörden überlassen bleiben. Aber die oberbehördliche Genehmigung ist in solchen Fällen wohl nirgends verweigert worden. Zur Anstellung erledigter Lehrstellen hat das Unterrichtsministerium ferner leider dazu greifen müssen, eine große Anzahl, es sind wohl jetzt 230 Seminarien, als Ersatz hinzuzugeben. Wenn der Lehrermangel im Laufe des Krieges jahres und der längerer Dauer des Krieges sich noch weiter steigern sollte, wird diese Maßnahme wohl noch weiter fortgesetzt werden müssen.

Ein Wunsch, der vielfach in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden ist, ist ganz berechtigt, nämlich die Bezirkschulinspektoren anzuweisen, keine Schulgemeinden, sogenannte Zwerggemeinden, dazu zu veranlassen, sich zusammenzutun; um nicht bloß einen rationelleren Schulbetrieb durchzuführen, sondern auch weitere Lehrkräfte für die Wirksamkeit im Felde freizumachen. Freilich ist diese Maßnahme oft an dem Widerstand der Schulgemeindevorstellungen gescheitert, die ihre Ehre darin gesetzt haben, ihre Schule für ihre Kinder zu erhalten und die Lehrer, die sie bezahlen, auch zugunsten ihrer Kinder nutzbar zu machen und nicht für andere Gemeinden zu befehlen. Ein Antrag hat mangels einer gesetzlichen Bestimmung nicht angewendet werden können, soweit es aber der Unterrichtsverwaltung möglich war, hat sie darauf hingewirkt.

Die Gestaltung des Unterrichts während des Krieges und insbesondere bei weiterer Heranziehung der Lehrkräfte haben wir mit den Bezirkschulinspektoren eingehend besprochen. Es hat sich dabei ergeben, daß vielfach Kürzungen, auch des Religionsunterrichts, haben eintreten müssen, daß man nur da, wo es unbedingt zu vermeiden ist, von solchen Kürzungen abgesehen hat, daß vielfach auch die Einprägung des Lernstoffes, auch des religiösen, und die Zahl der anzuwendenden schriftlichen Arbeiten, wo es unbedingt nötig war, mit einer gewissen Rücksicht hat eingeschränkt werden müssen. Aus dem damals zur Besprechung mit den Bezirkschulinspektoren gestellten Themen „Die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes in der Volk- und Fortbildungsschule, wenn noch mehr Lehrer als bisher zum Heeresdienste einberufen werden“, „Die Gestaltung des Unterrichts in der Volk- und Fortbildungsschule während des Krieges“ und „Die Wirkung der Schule bei den erzieherischen Berufstätigkeiten zur stillen Bewahrung der Volk- und Fortbildungsschuljungen in der schulpflichtigen Zeit“ werden Sie ersehen, wie dieser Frage die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Ich kann feststellen, daß sich aus den Besprechungen hierüber sehr wertvolle Fingerzeige für die Zukunft ergeben haben.

Der Hr. Abg. Dr. Seifert hat dann weiter davon gesprochen, man solle die höhere Schulbildung nicht zu sehr einschränken und den Jubrand zu den höheren Schulen eindämmen. Das ist eine Ansicht, die sich stets mit der meinigen begegnet. Schon mehrfach habe ich darauf hingewiesen und auch in einer Generalverordnung an die höheren Schulen zum Ausdruck gebracht, wie es ein falscher Stolz der Eltern sei, zum Studium oft durchaus nicht befähigte Kinder (Sehr richtig!) durch die höheren Schulen hindurchzubringen. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, daß bei dem gegenwärtigen starken Wettbewerb infolge des Zubrangs zu den höheren Schulen in Zukunft immer nur diejenigen, die eine bestimmte Befähigung mitbringen, auch wirklich Erfolge von einem akademischen Studium haben werden. Ich möchte hier nochmals betonen, es wäre von besonderem Werte, wenn die Eltern in allen Schulen und besonders in den Volksschulen, bevor ihre Kinder in die höheren Schulen übertritten, darauf hingewiesen würden, daß jener falsche Stolz der Eltern schwinden möchte und daß der Bewerbestand ein so hochangesehener Stand ist, der ebenfalls goldenen Boden hat, und der in seinem Ansehen mehr und mehr wieder erwaschen wird, wenn auch die Befähigten wieder in ihn eintreten und ihrerseits ihre Ehre doreinsetzen, in ihrem vaterländischen Gewerbebestande zu immer größerer Blüte zu verhelfen. (Bravo!)

Die Verordnung über die militärische Jugendausbildung, die derselbe Hr. Abgeordnete gefordert und mit Freuden begrüßt hat, ist von ihm in der Richtung kritisiert worden, daß die militärische Berufszugung nicht zu stark überwiegen möchte. Auch das ist vollständig die Anschauung der Unterrichtsverwaltung. Die militärische Jugendberufszugung ist in erster Linie dazu bestimmt, unsere jungen Leute in einer zusammenschließenden militärisch organisierten Beziehung vor allem staatsbürgerlich empfinden zu lassen, daß das Vaterland auf sie als Glieder einer großen Volksgemeinschaft zählen muß, die schon von Jugend auf die Verpflichtung hat, sich würdig auf die Zeit vorzubereiten, wo das Vaterland den Ruf an sie ergehen läßt. Es soll der Jugend durch die vorerliche Erziehung der Grundlag beigebracht werden, daß nur in einem gefunden Felde auch ein geundeter Geist einmal herrschen wird, und sie soll durch Erziehung des Charakters, durch freundliche Unterordnung unter einen einheitlichen Willen, durch Schärfung des Geistes und der Nerven und durch die Ertragung von Strapazen bei den Märschen und von Hitze und bei Kälte ein Gefühl für die großen Lasten unserer Armee erhalten und zugleich den ersten Vorstoß lassen, es ihnen dereinst nachzutun. Hr. Abg. Dr. Böhm hatte sehr recht, wenn er bei dieser Gelegenheit den Nachdruck auf die Erziehung der Persönlichkeit legte.

Der weitere Wunsch des nationalliberalen Hrn. Redners, es möchte zunächst von unserer Jugend Fühlung mit der deutschen Turnerschaft gesucht und aufrecht erhalten werden, ist mir aus der Seele gesprochen. Die deutsche Turnerschaft hat das besondere Verdienst, an der starken Wehrhaftmachung unseres Volkes in erster Linie mitgewirkt zu haben. Je mehr sich unsere Jugend der deutschen Turnerschaft nach dem volkshulpsüchtigen Alter oder schon in diesem anschließt, desto mehr wird das Vaterland von dem Segen der Bestrebungen in der deutschen Turnerschaft erfüllt werden. (Bravo!)

Es ist mir ein Bedürfnis, in diesem Zusammenhange des vor einigen Wochen feingegangenen deutschen Turnertages, wie man ihn den Ehrennamen beigelegt hat, des Geh. Sanitätsrates Dr. Göb, zu gedenken (Bravo!), der mehr als ein halbes Jahrhundert an der Spitze der deutschen Turnerschaft gestanden und ihr den Geist eingebläht hat, daß die deutsche Turnerschaft, frei von allen Unterschieden politischer und konfessioneller Art und bestimmt, alle sozialen Gegensätze in der Bevölkerung auszugleichen, eine einheitliche Volksgemeinschaft darstellten soll, die ihre Angehörigen mit dem nötigen vaterländischen Geiste befeuert und mit der körperlichen Kraft für den bereinigenden Dienst im Heere erfüllt. (Bravo!) Wie das Kultusministerium das Bedürfnis gehabt hat, den hochverdienten Namen bei der Weisung durch Anordnung eines Vertreters zu ehren, so wird es stets das Verdienst des Geh. Sanitätsrates Dr. Göb hochhalten, auch in unserer Jugend seine Grundsätze und hohen Ideale zu verwirklichen. (Beifalles Bravo!) Ich behaupte, daß dieser verdiente Mann nicht mehr das Ende des Krieges hat erleben und damit sehen können, welches große Verdienst er und die deutsche Turnerschaft an der Wehrhaftmachung unseres Volkes und damit an den Erfolgen des Krieges gehabt hat. (Sehr richtig!) Der weitere Wunsch, die höheren Schulen sollen mehr von deutschnationalen Gedanken erfüllt sein und nicht zu fast das Altertum in den Vordergrund stellen, der deutsche Geschichtsunterricht und das deutsche Geschichtsdenken solle in der Zukunft weiteren Raum gewinnen, begegnet allgemeiner Zustimmung. Sie werden gelesen haben, wie das Kultusministerium schon zu Anfang des Jahres darauf hingewirkt hat, daß in den Mittelschulen Obertertia und Untersekunda unsere jungen Leute mehr mit dem deutschen Geschichtsunterricht bis zum Gegenwart ausgehätet werden, damit diejenigen, die nur mit dem Zeugnis für den einjährig-freiwilligen Dienst ausgetücht sind, beim Austritt aus der Untersekunda zu diesem Zeitpunkt nicht wie es früher war, nur dem Geiste der alten Geschichte erfüllt sind, sondern von der deutschen Geschichte bis zur Gegenwart das Nötigste wissen.

W. H.! Was damals in Aussicht gestellt wurde, ist im Werke, nämlich, eine vollständige systematische Neugestaltung des deutschen Geschichtsunterrichts auf den Gymnasien und Realschulen in die Wege zu leiten. (Bravo!)

In diesen Tagen wird eine Generalverordnung an die bestehenden Schulen hinausgehen, um sich zunächst gutachtlich über die Grundzüge des Ministeriums zu äußern, und dieses wird dann an der Hand der Gutachten befehlen, unsere humanistischen Gymnasien und Realschulen mehr und mehr mit deutschnationalen Geistes durch tiefere Eindringung in die deutsche Geschichte bis zur Gegenwart zu erfüllen. (Bravo!)

Ich komme nun noch zu einigen Wünschen des Hrn. Abg. Brodau. Zunächst hat er bemängelt, daß die Unterrichtsumsammensetzung sich zu sehr auf die Volksschulen beschränkt habe und in den höheren Schulen nicht in gleichem Maße festgefunden hätte, daß in zwei Fällen sogar nur für einen Oberprimaner Unterricht erteilt worden sei. In dieser Beziehung darf darauf hingewiesen werden, daß nur da, wo es unbedingt notwendig war, und die Betreffenden zu einer Notreifeprüfung vorbereitet werden mußten, um sie dem Heere zuzuführen, und die Lehrkräfte noch dazu ausreichten, ein solcher Schritt gesehen ist. Dagegen sind die Klassensammensetzungen nicht nur in den Volksschulen erfolgt, sondern sofort und sehr zahlreich auch an den höheren Unterrichtsanstalten vorgenommen worden, sobald der starke Abgang von Lehrkräften dazu nötigte. Auch Oberprimaner sind mit Unterprimanern gemeinsam unterrichtet worden. Unter den zahlreichen Klassensammensetzungen an Real- und Oberrealschulen haben sich Zusammensetzungen verschiedener höherer Klassen.

Wenn der Hr. Abg. Brodau bemängelt hat, man hätte den Schülern nicht Angelegenheiten machen sollen, wenn sie sich freiwillig zum Kriegsdienste melden, so ist mir davon nichts bekannt, es müßte denn sein, daß er die ablehnende Entscheidung des Ministeriums auf das Gesuch einer Oberklasse eines Seminars meint, die den Wunsch hatte, im Sommer in das Heer einzutreten, bevor sie eine gewisse abgeschlossene Bildung erlangt hatte. Das Ministerium hat in vollster Rücksicht gerade auf die jungen Leute selbst und im Interesse der Zukunft unserer Schule darauf halten müssen, daß bei aller Anerkennung der vaterländischen Absichten der jungen Leute ihnen doch eine möglichst abgeschlossene Bildung zuteil werde. (Beifalles Sehr richtig!) — Hr. Brodau: Dieser Fall war nicht gemeint. Das Ministerium hat aber weiter dafür gesorgt, daß jetzt vor Weihnachten Notprüfungen mit diesen jungen Leuten noch abgehalten werden, um sie zu befähigen, dann als Offiziere den Schulen zur Verfügung zu stehen. W. H.! Es muß immer und immer wieder betont werden, daß die Arbeit in unsern Schulen ebenso eine hohe vaterländische Pflicht aller Beteiligten ist, als der Schutz des Vaterlands. (Sehr richtig!) Ich möchte weiter dem Hrn. Abg. Brodau besonders darauf hinweisen, daß das Ministerium bemüht ist, allen am Kriege beteiligten Gewerbeten hinsichtlich der Erleichterung in der rechtzeitigen oder nahezu rechtzeitigen Erreichung des Schulzweckes, das sie wie ihre Klassenangehörigen anstreben, und es ist wiederum, wie bereits am 20. April, so am 11. November eine ausführliche Generalverordnung an alle höheren Schulen gegangen, die darauf hingewirkt, daß die Kriegsteilnehmer ihren ehemaligen Mitschülern zeitlich an die Seite zu stellen sind, damit sie auch jener im Leben mit ihren Kameraden gleichen Schritt zu halten vermögen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich mir nicht verkagen, den besonderen Dank der Vereinigung der höheren Lehrer Deutschlands auszusprechen, die sich zusammengenagt haben, in unheimlichster und selbstloser Weise Lehrgänge einzurichten, um die verwundet oder krank aus dem Felde zurückgeführten oder sonst aus ihrem Studium gestrichenen jungen Leute dazu vorzubereiten, daß sie die Wehrprüfung noch machen können, und daß ihre Zukunft gesichert wird. (Bravo!)

Endlich hat der Hr. Abg. Brodau bemängelt, es wäre Seminaristen, die sich freiwillig gemeldet hätten, aus Grund der sogenannten Wehrverpflichtung die Nachzahlung des Schulgeldes angefallen worden. Das hat allerdings geschehen müssen, denn bei dem Eintritt in die Seminare haben ja die Schüler der jüngeren Leute sich zu verpflichten, wenn diese nicht die dreijährige Hilfszeitzeit ableisten, dann für jedes Jahr eine bestimmte Summe, die sogenannte Wehrsumme zu zahlen. Beim Ausbruch des Krieges, m. H., hat das Kultusministerium nun selbstverständlich denjenigen Seminaristen, die in vaterländischer Begeisterung vor Ablegung der Kandidatenprüfung freiwillig in das Heer eintreten wollten, bereitwillig, ohne weiteres Urlaub erteilt. Als aber die Zahl der zu den Jahren einberufenen Lehrer so groß geworden war, daß zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Volksschulen Seminaristen als Ersatz herangezogen werden mußten, trat die Notwendigkeit ein, auch für die hinreichende Zahl benötigter Wilare zu sorgen, und es konnte deshalb Seminaristen Urlaub zum freiwilligen Eintritt in das Heer nicht mehr erteilt werden. Die Seminaristen sind über die Gründe, aus denen dies zum Bedauern des Kultusministeriums nötig wurde, eingehend verständigt und dabei auch darauf hingewiesen worden, daß sie in der gegenwärtigen Zeit auch durch ihren Verbleib im Seminar zum Zwecke der späteren Verwendung als Wilare eine hohe vaterländische Pflicht erfüllen. Da aber die Unterrichtsverwaltung gar nicht in der Lage ist, einen Seminaristen gegen seinen Willen zum freiwilligen Eintritt in das Heer abzuhalten, mußten die Seminaristen auch dahin noch besonders verständigt werden, daß, wenn sie unter Nichtzahlung der Gebühren, die ihren Verbleib im Seminar im vaterländischen Interesse geboten erscheinen ließen, das Seminar zum Zwecke des Eintrittes in das Heer ohne Urlaub verlassen, dies selbstverständlich ihr Ausschließen aus dem Seminar und dann auch die Stillenmachung des anderwärts vereinbarten Antrages auf Verzahlung des zweimonatigen Schulgeldes zur Folge haben müßte.

Ich glaube, damit die Bemerkungen des Hrn. Abg. Brodau, die mir mitgeteilt worden sind, besprochen zu haben, und würde mich schließlich noch zu den Ausführungen des Hrn. Abg. Wiener, der in bezug auf die Fortbildungsschule den Wunsch ausgesprochen, eine vollständige Verminde rung oder Verlegung der Fortbildungsschulpläne, vielleicht sogar die gänzliche Beseitigung von Unterrichts, herbeizuführen, um dem Gewerbebestand die fortbildungspflichtigen jungen Leute als Ersatz für fehlende Arbeiter zu geben. Das Ministerium hat es von Anfang an für seine Pflicht erachtet, auch hier praktische Mittelstandspolit zu treiben und, wo es notwendig war, die jungen Leute ihrem Gewerbe zur Verfügung zu stellen. Es mußte aber davon abgesehen, eine allgemeine Anordnung zu treffen, welche die Fortbildungsschüler vom Besuche der Fortbildungsschule befreit (Sehr richtig!), und konnte nur in bestimmten Fällen dies nach Anweisung der Bezirkschulinspektoren zulassen. Diese Anweisung ist nicht nur für Industrie und Gewerbe ergangen, sondern vor allem auch für die Landwirtschaft, die jetzt die hohe Aufgabe hat, unsere Bevölkerung mit genügenden Nahrungsmitteln zu versorgen, und es ist bereits während der Winterarbeiten wie auch für die Herbstbestellung und für die Winterarbeiten überall da, wo die Notwendigkeit nachgewiesen war und keine anderen Arbeitskräfte dafür vorhanden sind, dafür gesorgt worden, die fortbildungspflichtigen jungen Leute in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Der Hr. Abg. Wiener wird mir selbst zugeben, es wäre eine verkehrte Schulpolitik gewesen, wenn man allgemein die fortbildungspflichtigen jungen Leute aus der Schule herausgenommen hätte (Sehr richtig!), und er wird aus seinen Erfahrungen in Chemnitz wissen, wie junge halbwürdige Wurfeln gerade in der Gegenwart einer besonderen Schulzuführung bedürfen (Sehr richtig!), um sie vor Ausschreitungen zu bewahren, die leider in verschiedenen Städten an den Tag getreten sind. (Beifalles Sehr richtig!)

W. H.! Ich darf Sie am dritten Tage der Etatberatung nicht länger mit meinen Ausführungen aufhalten und muß mir vorbehalten, bei Beratung der einzelnen Etatkapitel auf das eine oder andere zurückzukommen. Es war mir aber Bedürfnis, Sie empfinden zu lassen, wie die Staatsregierung befreit ist, auch im Weltkrieg die Kulturaufgaben und darunter in erster Linie die Schule mit allen Kräften zu pflegen und zu fördern. Denn zu keiner Zeit hat man die Pflege unserer Schulen und insbesondere unserer Volksschulen, durch die ja, so viel mir erinnerlich ist, mehr als 90 Proz. unserer gesamten Jugend gehen, in solcher Würdigung als eine vaterländische Aufgabe angesehen wie gerade in der Gegenwart. Zu keiner Zeit haben sich aber auch die Segnungen einer vertieften und vertinnerlichten religiösen Gesinnung, die vor dem Krieg unter den Schlägen einer

Wortentfremdung und Gottesförschenschaft oft nur noch wie ein glimmender Funken vorhanden war, der aber durch die Stürme des Weltkrieges zu einem das ganze Volk erwarmernden und bis in seine Tiefen erleuchtenden Feuer wieder emporgelodert ist, so mächtig erwiesen wie in unserer Zeit. (Bravo!)

W. H.! Ich schließe mit dem Wunsche: Möge die hohe Wertschätzung dieser beiden großen Erziehungsmächte aus der tiefsten Zeit des Krieges in das hoffentlich nun bald zurückkehrende Zeitalter des Friedens hinübergerettet und unter Zurückdrängung der vor dem Kriege und oft unüberwindbar scheinenden gegenseitigen Entfremdungen unseres Volkes in Verbindung mit einem besseren Sichtversehen eine neue und glücklichere Zukunft unseres Vaterlandes heraufzuführen, das, wenn es einig, nach außen hart und innerlich so gefestigt sein wird, daß jeder Feind aus Furcht vor der unüberwindlichen Kraft des deutschen Volkes dessen politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit angreifen niemals wieder wagen wird. (Beifalles Beifall.)

Hr. Abg. Rischke-Leutich (nl.)

erklärt zunächst im Namen seiner politischen Freunde, daß sie sich mit dem weitaus größten Teile der Ausführungen des Hrn. Kultusministers einverstanden erklären könnten, die ja eine Anerkennung und eine Unterbreitung ihrer Forderungen seien. Auch der Hr. Finanzminister habe eigentlich alle Bewilligung, mit der Beurteilung des vorgelegten Etats in der Kammer zunächst zufrieden zu sein. Es scheint ihm aber weniger an der Zufriedenheit im allgemeinen zu liegen, als mehr daran, die Steuererhöhung aus dieser allgemeinen Vorberatung mit nach Hause nehmen zu können. Wie schon von seinen politischen Freunden ausgeführt worden sei, hätten diese gewünscht, daß sich die Regierung in dieser Frage etwas mehr Zurückhaltung auferlegt hätte (Sehr richtig! in der Mitte), nicht bloß aus Rücksicht auf die Steuerzahler an sich, sondern auch mit Rücksicht auf die Gemeinden, die große Aufgaben zu erfüllen hätten, und die ihre Steuerausfälle natürlich nur durch eine Steuererhöhung, nicht durch eine Anleihe decken könnten. Es wäre sicher auch eine Möglichkeit vorhanden gewesen, den Etat ohne diese beabsichtigte Steuererhöhung balancieren zu lassen, der sie nicht ohne weiteres zukommen könnten. Der Hr. Finanzminister habe es in seiner zweiten Rede abgelehnt, die Kosten aus dem ordentlichen Etat auf den außerordentlichen zu übernehmen. Aber man müsse sich vor Augen halten, daß man nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in allen anderen großen Betrieben, in denen die Finanzen eine wesentliche Rolle spielen, dazu übergehen müsse, die Kosten, die schließlich für ganz andere Zwecke gemacht worden seien, aufzubringen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ganz besonders bedenklich sei, daß man jetzt im Jahre 1915 schon für 1917 Steuerzuschüsse bewilligen solle. Das könnte man doch zu einem späteren Termine erst tun. Unendlich sei für ihn das Befremden des Hrn. Finanzministers, daß die Staatseinkommensteuer das Maßstab der Staatsfinanzen darstelle, während es früher geheißen habe, daß die Eisenbahnen das Maßstab der Staatsfinanzen seien, wodurch immer der falsche Gesichtspunkt bei allen Gebotsfragen zu sehr zur Geltung gekommen sei. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn dem so sei, so müsse auch alles Mögliche getan werden, um die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes zu heben, damit die Steuerleistung eine Steigerung erfahre. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn er bei dieser Gelegenheit noch beantragt sei, dem Bedauern seiner Fraktion darüber Ausdruck zu geben, daß die Zuwendungen an die Hochschulen stellenweise eine Kürzung erfahren hätten (Sehr richtig! in der Mitte), so möchte er aber auf der anderen Seite erklären, daß seine Fraktion bereit sei alles zu tun, um die Schäden des Krieges für die Bevölkerung zu lindern. Seine Partei müsse diese Frage nicht als eine Parteifrage auf, sie erachte sie als eine Frage von allgemeinem Interesse. Aber sie möchte auch, daß jetzt schon Vorkehrungen von der Regierung getroffen werden, damit beim Friedensschluß die Entlastung der Industrie möglich sei. Der Industrie seien nicht nur jetzt im Kriege, sondern auch schon in Friedenszeiten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in bezug auf ihre Entlohnung gemacht worden. Er brauche nicht des häufigen darauf einzugehen, aber die Art, wie der Hr. Abg. Dr. Häfner gegen die Verhinderung seines Freundes Dr. Niehammer aufgestanden habe, beweise, daß selbst in Kreisen, die sich doch sonst um die Verhältnisse im allgemeinen kümmerten, nicht das richtige Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie vorhanden sei. (Sehr richtig! in der Mitte.) Seine Partei verlange vor allem Dingen, daß eine gleichmäßige Behandlung des Standes herrsche, der in allererster Linie der Träger der Steuerleistung im künftigen Sachsen sei. (Beifalles Sehr richtig! in der Mitte.) Redner stellt dann die Frage der Reform der Ersten Kammer, eine Forderung, die seine Partei auch in Zukunft mit allem Nachdruck vertreten werde, um so mehr, als die Vorgänge der letzten Zeit ihr geradezu eine unabweisbare Pflicht nach dieser Richtung hin auferlegt habe (Sehr richtig! in der Mitte), und kommt dann auf die Zentralisierung des Verkehrs zu sprechen. In bezug auf diese Frage habe der Hr. Finanzminister gegen seinen Parteifreund Dr. Niehammer polemisiert und darauf hingewiesen, daß eine Zentralisierung von Nachteil sein würde. Man wäre sehr zufrieden gewesen, vor allem Dingen auch im Interesse des sächsischen Gewerbes, Handels und der sächsischen Industrie, wenn man weniger auf die Zentralisierung zugewandten wäre, denn zu einem großen Teile sei diesen Erwerbsständen nicht möglich, sich Aufträge der Gewerbeverwaltung zu sichern, weil ohne eine Zentralstelle außerhalb Sachsens Sachiens geschaffen worden sei, obgleich man im Lande durchaus sachkundige, tüchtige und auch gewissenhafte Leute habe, die noch in der Lage gewesen wären, diese Dinge so zu entscheiden, wie sie einmal im Interesse der Erwerbsverwaltung, dann aber auch im wirtschaftlichen Interesse Sachsens gelegen hätten. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn man aber sehe, daß ein Antrag auf den Antrag Dr. Niehammer, der im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens gestellt sei, hinter dem die Wünsche großer Erwerbsstände stehen, und der von einer großen Fraktion vertreten werde, immer wieder ablehnend behandelt werde, dann müsse doch der Gedanke aufkommen, daß es doch vielleicht nicht nur an Gründen, sondern auch an gutem Willen fehle. Was den Wagenmangel anbelange, so sei nicht allein der geringe Bestand an rollendem Material die Ursache dazu, sondern es seien auch die Umsfahrten, die wenig rationelle Verwendung des rollenden Materials, welche die Industrie so in Verlegenheit gebracht habe. Er erkenne dabei ohne weiteres an, daß in bezug auf das Verkehrswesen während der letzten Jahre wesentliches geschehen ist, und daß bis zum Kriege die Zugverbindungen innerhalb Sachsens und nach außerhalb einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen hätten. Auch in bezug auf Neubaulinien sei wenigstens der gute Wille der Regierung zum großen Teile vorhanden. Er hätte dabei aber von der Regierung erwartet, daß sie, wenn sie einmal die Notwendigkeit eines Bahnausbaues durch Einstellung in den Etat anerkenne, auch ihre eigene Vorlage mit aller Entschiedenheit vertreten würde, so daß man nicht wieder sehen müsse, daß die Wünsche einer Gegend, nachdem sich Regierung und Stände geeinigt hätten, daß das Projekt verwirklicht werden müsse, durch Nichtsichtigkeit und Kleinlichkeit Interessenpolitik nun doch wieder nicht in Erfüllung gingen. Das habe die Regierung in der Ersten Kammer aber nicht getan. Wenn seine Partei wünsche, daß die sächsischen Interessen nach jeder Richtung hin mit allem Nachdruck vertreten werden, so schließe sie sich damit der Forderung an, die gestern auch vom Hr. Dr. Böhm vertreten worden sei, daß für die Vertretung dieser Interessen an den Stellen, bei denen die Entscheidung falle, eine sorgfältige Auswahl getroffen werde. (Sehr richtig! in der Mitte.) Der Hr. Minister habe dem Hr. Dr. Böhm besonders dafür gedankt, daß er die Notwendigkeit einer sächsischen Gewerbe-fraktion anerkannt habe. Dieser habe aber durchblicken lassen, daß

es vielleicht sehr angebracht wäre, sich jetzt einmal davon zu überzeugen, ob der wichtigste Gesundheitsposten jetzt auch in der geeigneten Weise besetzt sei. (Abg. Dr. Böhm: Sehr richtig!) Er wisse nicht, ob der Hr. Minister seinen Dank auch auf diesen Hinweis mit ausgedehnt habe. (Weiterkeit.) Aber er unterschreibe es vollständig, dieser Gesundheitsposten sei kein Dekorationsposten. Er unterschreibe das, was sein Parteifreund Dr. Senfert gesagt habe, daß auf diese Stellen die tüchtigsten und fähigsten Köpfe aus dem ganzen Beamtenapparate ausgewählt werden müßten, und wenn man solche in diesem nicht finde, dann finde man sie entschieden im Lande, und wenn ein derartiger Mann nun auch einmal bloß Müller oder Schulze heiße (Lebhafte Weiterkeit), wenn es nur ein tüchtiger Kerl sei. (Sehr richtig! in der Mitte.) Er habe durchaus nicht auf den Hrn. Kollegen Schulze hinweisen wollen, die Sozialdemokratische Fraktion habe ja auch einen Hrn. Müller in ihren Reihen; er überlasse also der Regierung die Auswahl. (Lebhafte Weiterkeit.) Redner behandelt sodann die Frage der Wasserwege. Er möchte da den Gedanken, der vom Abg. Dr. Böhm ausgegangen worden sei, besonders hervorheben, daß eine Verbindung zwischen Elbe und Donau als eine Förderung der sächsischen Interessen mit aller Entschiedenheit vertreten werden müsse. Es müsse ein großzügiger Plan aufgestellt werden, in dem auch die Interessen der Stadt und des Bezirkes Leipzig berücksichtigt werden müßten, die besonders der Bedeutung Leipzigs als der ersten Handels- und Industriestadt im Königreich Sachsen entspreche. Die Frage der Wasserwege habe eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Er weise in dieser Beziehung auf Preußen, Bayern und auch Österreich hin. Besonders der König von Bayern habe sich mit seiner ganzen Person dafür eingesetzt, daß sein Reich durch Wasserstraßen geschlossen werde. Die Talperrenfrage sei auch nur in Verbindung mit dieser Frage zu lösen. Zur Elektrizitätsfrage habe seine Partei bereits auf ihre Stellungnahme hingewiesen. Das ganze Unternehmen des Staates sei nur lebensfähig, wenn eine Elektrifizierung der Staatsbahnen, besonders des Teiles, der überhaupt zweckmäßig elektrifiziert werden könne, mit in Betracht gezogen werde. Bei der Frage, ob Staatsmonopol oder nicht, wünsche er zunächst, daß die Verhandlungen zwischen dem Staat und den Gemeindeverbänden auf der weitesten Grundlage geführt würden, daß auch die wohlerworbenen Rechte eine Kautelung fänden, und daß das Recht der Selbstverwaltung der Verbände und der Gemeinden genügend Garantien erhalte. Der sächsische Bürgermeistertag habe vor zwei Tagen einstimmig beschlossen, daß die Lösung der Frage der Elektrizitätsversorgung durch den Gemeindeverband der Lösung im Wege des staatlichen Monopols so lange vorzuziehen sei, als nicht feststehe, daß der letztere Weg den in der Versammlung vertretenen Gemeinden wesentlich günstigere Bedingungen stelle, als der Verband sie zu stellen vermöge. Die kleinen Gemeinden wollten nicht mit sieben Regeln in das Staatsmonopol hinein. Die Meinung des Abg. Biener, daß die Kraft für die kleineren und mittleren Betriebe vier- bis fünfmal so teuer zu stehen käme wie für die großen, wie er das näher ausführt, sei richtig. (Widerpruch rechts.) Da er einmal bei diesen wirtschaftlichen Fragen sei, weise er darauf hin, daß seine Partei einen besonderen Wert darauf lege, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit dahingehend vorstellig werde, daß die Reichsregierung dafür Sorge trage, daß die Abgabemöglichkeiten für die Industrie noch dem Auslande und über See möglichst erleichtert würden. Von seinen Fraktionsfreunden seien eine Reihe von Fragen angeschnitten worden, auf die sie eigentlich eine Antwort der Regierung erwarten, wie diese sich die Fürsorge für die erwerbenden Stände denke. Um darüber eine Aussprache herbeizuführen, habe seine Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht. Seine Partei habe den Wunsch, daß der Krieg eine Gesundung des innerpolitischen Lebens bringe. Das Land brauche die gesamten geschlossenen Kräfte des Volkes für seine Zukunft, und man müsse alles vermeiden, was auf eine Zerstückelung des Volkes hinwirke. (Sehr richtig!) Deshalb sollen Meinungen ruhig weiterbestehen bleiben, es sollen auch die Parteien weiterbestehen bleiben, aber es müsse möglich sein, gewisse große Gesichtspunkte festzusetzen, die Allgemeinheit des ganzen geschlossenen Volkes werden müßten, denen sich alle unterzuordnen hätten. (Sehr richtig! in der Mitte.) Nun habe der Vizepräsident Fräßdorf bereits schwere innere Kämpfe in Aussicht gestellt, wenn die Forderungen der Sozialdemokratie nicht Erfüllung erführen. Seine Partei sei gern bereit, einen Teil dieser Forderungen einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Aber man könne sich beinahe nicht viel davon versprechen, wenn man z. B. höre, wie der Hr. Abg. Schulze gestern gesagt habe, daß unsere Wirtschaftsform abgewirtschaftet habe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Im Kriege!) Dieser Auffassung widerspreche er mit aller Entschiedenheit. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Er brauche bloß dem entgegenzusetzen, daß das gesamte feindliche Ausland und die neutralen Mächte bewundernd vor der wirtschaftlichen Organisationskraft Deutschlands ständen. (Sehr richtig!) Aber die Herren der sozialdemokratischen Partei malten eben immer alles grau in grau und ließen immer die Zustände im Auslande in einer bengalischen Beleuchtung erscheinen. Man könne aber wohl von ihnen verlangen, daß sie wenigstens während des Krieges ihre rote Brille beiseite legen und Deutschland nicht durch solche Äußerungen, die ihm im Auslande schaden könnten, in Mißkredit brächten. Redner weist dann die Ausführungen des Abg. Schulze auch gegen seinen Parteifreund Dr. Senfert in der Frage der indirekten Steuern zurück, ferner dessen Meinung, daß die Lohnserhöhungen nie ohne Kampf durchzusetzen gewesen seien, und schließlich den den Nationalliberalen gemachten Vorwurf, daß sie für das Verbot des Streikpostens eintreten seien. Sie seien nie für solche Ausnahmegerichte für einen Teil des Volkes gewesen. Er beschloß sich dann mit den Ausführungen des Vizepräsidenten Fräßdorf. Das von diesem herausgehobene Drahgepönt der Reaktion werde wenig Erfolg haben. (Sehr richtig!) Vizepräsident Fräßdorf habe da in Aussicht gestellt, daß unmittelbar nach dem Kriege Garantien geschaffen würden für einen langen und andauernden Frieden, und daß die Garantien von unten heraus kommen würden. Das Klinge so, als ob er auf eine Neubelebung der Internationalen rede. Die Internationale habe jämmerlich Bankrott gemacht. (Sehr wahr!) Der Krieg habe da gezeigt, daß wenn Mars die Stunde regiere, solche Verabredungen nur ein Stück Papier seien, über das hinweggegangen werde. (Sehr wahr!) Es müßten also andere Garantien für den Frieden geschaffen werden. (Sehr wahr!) Die Friedensbedingungen, die von der Sozialdemokratie hier genannt worden seien, könne er durchaus nicht akzeptieren. Seine politischen Freunde stellten sich auf den Standpunkt, daß die Forderung des Kaisers zu unterzeichnen sei, die dahingehende, daß Deutschland nur einen Frieden annehmen könne, in dem die militärischen, die politischen und die wirtschaftlichen Interessen des Reiches ihre volle Wahrung erführen. (Allseitiges Bravo!) Wenn dann Vizepräsident Fräßdorf wieder auf die Gebote der Menschlichkeit hingewiesen habe, so sei dieser Hinweis wohl an die falsche Adresse gerichtet. (Sehr wahr!) Es hätte wohl verständlicher gellungen, wenn er einen flammenden Widerspruch gegen die Verletzung der Gebote der Menschlichkeit auf Seiten der Feinde erhoben hätte, wenn er dagegen protestiert hätte, daß man ein Völkergemisch gegen die deutschen Heere aufmarschieren lasse. Weiter wendet sich Redner zu den Ausführungen des Abg. Dr. Böhm. Was dieser in staatsrechtlicher Beziehung ausgeführt habe, das seien Dinge, die zunächst gar nicht so ängstlich seien. Man werde das, was man für das Reich und für die Bundesstaaten brauche, schon bekommen. Man solle nur dafür Sorge tragen, daß der Staatsbürger neben seinen ersten Pflichten auch seine vertriebenen Rechte genahrt bekomme und dabei die Gelegenheit zu einem auskömmlichen Verdienst habe. Dann sei es sowohl um das Reich wie auch um die Einzelstaaten gut bestellt. Vizepräsident Oppy habe gesagt, daß die vier Dinge: Gott, Vaterland, Monarchentreu und Autorität notwendig seien, wenn

man auf der Höhe bleiben wolle. Man könne vielleicht noch einiges hinzufügen. Über den Begriff Vaterland sich zu unterhalten, sei in dem gegebenen Augenblick überflüssig. Für ihn bedeute der Begriff Vaterland das Höchste überhaupt, das alles andere mehr oder weniger einschlicke. Aus diesem Grunde trete seine Partei mit Entschiedenheit für die Vertiefung des staatsbürgerlichen Gedankens ein, um schon dadurch das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen gegen den Staat weiter zu stärken. Auch die Religion habe während des Krieges eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Auf diese Wahrnehmung dürfe man stolz sein. Es gelte nun aber, diese sittliche und religiöse Bewegung in die richtigen Bahnen zu leiten und sie vor allem in der Folge lebendig und kräftig zu erhalten. Das werde aber nicht zuletzt die Aufgabe der Kirche sein, und er habe den Wunsch, daß sich die Kirche in dieser Beziehung zu einer wahren Volkskirche ausbaue. Hinsichtlich der Monarchentreu weise er darauf hin, daß seine Fraktion nicht nur einmal in diesem Hause ein freudiges Bekenntnis zur Monarchie abgelegt habe. Aber auch hier gebe es Differenzierungen. Es sei die Liebe des freien Mannes, die sich schämen vor dem Thron stellen müsse und dies auch in Zukunft tun müsse. Den Autoritätsgedanken vertrete seine Fraktion ebenfalls, aber er meine, daß nebenher zu gehen habe der Respekt und die Achtung vor der Persönlichkeit, selbst wenn es sich um den geringsten der Volksgenossen handele. Der Krieg gebe aber auch noch einer anderen Seite ein gutes Beispiel. Draußen schwebten die Klassen und Schranken, und der Umstand, daß die allgemeine Wehrpflicht jetzt durchgeführte werde, werde seine guten Folgen zeitigen, denn ohne Beeinträchtigung der Manneszucht — und das sei das Erfreulichste dabei — bilde sich ein vorbildliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Es sage sich jeder ein, aber ein jeder wisse, daß er ein Teil des großen Ganzen sei, und daß er einen Teil der Verantwortung zu tragen habe. Da werfe sich die Frage auf: Müsse es dabei und im Frieden anders sein? Jede Verwitterung müsse auch hier vermieden werden, nachdem man gesehen habe, in welcher Weise im öffentlichen Interesse gearbeitet werde. Sein Freund Dr. Senfert habe bereits gestern darauf hingewiesen, daß in bezug auf die freiwillige Hüfttätigkeit im Ehrenamte viel geleistet worden sei. Er erachte es als seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Krateschaft und das Sanitätspersonal nicht nur im Felde, sondern auch im Lande mit Unterstützung aller Kräfte Beständliches dazu beigetragen habe, die deutsche Kriegstüchtigkeit zu erhöhen. (Bravo!) Deshalb möchte er ihnen den besonderen Dank des Volkes zum Ausdruck bringen. (Bravo!) Wenn das Fragen seien, die naturgemäß nur das engere Vaterland betreffen, so lenkte sie unwillkürlich den Blick auf das große Vaterland, auf das Reich draußen. Das dürfe man den Nationalliberalen vor allen Dingen nicht verkenne, denn die Reichsgründung und Reichsentwicklung sei auf das engste verknüpft mit der Geschichte der Nationalliberalen Partei. Müge es auch einmal Zwangungen aus diesem und jenem Gebiete gegeben haben, das Reche sei, daß bis zu einem gewissen Grade ihr Herz dem Reiche gehört, und sie glauhe damit dem Lande zu dienen. Nur wenn das Reich groß und mächtig sei, wenn es achtunggebietend in der Welt dastehe, werde es möglich sein, die Vorbedingungen für eine glückliche Entwicklung in Sachsen zu schaffen. (Bravo!) Aus diesem Grunde bedauere er außerordentlich, daß der Hr. Abg. Dr. Böhm gestern, zumal in dieser ersten Zeit, einen durchaus partikuläristischen Standpunkt in dieser Beziehung eingenommen habe. Was gebe dem sächsischen Landtage die private Ansicht des Hrn. Anshaus an, eine Ansicht, die von maßgebenden Leuten schon längst zum alten Eisen gelegt sei. Solche Dinge solle man jetzt nicht anführen. Ebenso bedauere er die Raumacherei, die von Seiten der sozialdemokratischen Rednerzutage getrieben sei. An der Grundstimmung des deutschen Volkes in seiner überwiegenden Mehrheit habe sich seit den denkwürdigen Tagen der Mobilmachung nichts geändert. In dieser Lausache liege die Gewähr für den endgültigen Sieg der deutschen Waffen, der auch die Vorbedingung sei für die Erfüllung der Wünsche, für die man im Interesse Sachsens auch bei dieser Etatberatung eingetreten sei. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Der Präsident
teilt mit, daß damit die offizielle Rednerliste erledigt sei, daß sich aber noch zwei Herren von der sozialdemokratischen Partei zur Vertretung von Anträgen gemeldet hätten. Er denke, die Kammer sei damit einverstanden, daß er die Herren noch sprechen lasse.

Das Wort erhält zunächst

Staatsminister Graf Bisshum von Eschadt
(nach den stenographischen Niederschriften):

R. D.! Der Hr. Abg. Nipische hat, wenn ich ihn recht verstand, nacheinander, vermischt, daß die Regierung sich über die Wünsche seiner Parteifreunde nicht näher ausgesprochen habe, Wünsche, die in bezug auf die Wirtschaftspolitik der Regierung hier geäußert worden sind. R. D.! Ich habe mir vorbehalten, darauf in der Deputationsverhandlung zurückzukommen und ich bin bereit, das zu tun, denn ich halte es nicht für dienlich, auf solche schwierige Fragen wie die Abgabemöglichkeiten während des Krieges und auf die bayerische Kanalpolitik in öffentlicher Sitzung näher einzugehen.

R. D.! Gestern hat der Hr. Abg. Dr. Böhm eine Bemerkung über die Befragung der Gesundheitsposten gemacht. Diese Bemerkung hat der Hr. Abg. Nipische heute noch unterstrichen in dem Sinne, daß er durchblicken ließ, daß der Posten vielleicht nicht in ganz geeigneter Weise besetzt sei. R. D.! Ich stehe hier vor Ihnen als der verantwortliche Auswärtige Minister, der das zu vertreten hat, was im Namen des Staates Sachsen in Berlin geschieht und unterbleibt. Ich bitte Sie, mir zu sagen, in welcher Weise ich meinen Verpflichtungen nachzukommen bin, und ich werde diejenigen Personen, die mir unterstellt sind und die meine Hülfswörter sind, anweisen und zur Rechenschaft ziehen, wenn sie nicht ihre Pflicht tun. Aber vor Ihnen bin ich der allein Verantwortliche, und Sie wissen, daß ich die mir unterstellten Persönlichkeiten mit aller Entschiedenheit zu vertreten gewöhnt bin. R. D.! Ich bitte Sie also, in der Deputationsverhandlung mit diejenigen Fälle zu sagen, wo die sächsische Regierung die sächsischen Interessen in Berlin nicht in der genügenden Entschiedenheit vertreten hat, und ich bin gern bereit, Ihnen darüber Rede und Antwort zu geben. R. D.! Ich glaube, daß die Ausführungen, die ich in dieser Beziehung gemacht habe, Ihnen einen Beweis dafür geben, daß ich Wert auf das vertrauensvolle Verhältnis lege, das Sie wiederholt als wünschenswert bezeichnet haben. Auch ich erkenne an, daß ein vertrauensvolles Verhältnis unumgänglich notwendig ist, um die Arbeiten sachlich fortzuführen. (Sehr richtig!) Ich erkläre mich bereit, jezeit jeden der Herren Abgeordneten zu hören und Klagen und Beschwerden entgegenzunehmen, mich mit ihm freundschaftlich auseinanderzusetzen. Aber ich bitte noch einmal dringend, bringen Sie doch diese Sachen nicht immer in der öffentlichen Sitzung vor. Es ist wirklich nicht dienlich und bringt allzuleicht einen Ton der Schärfe in die Verhandlungen, den ich gern vermeiden möchte und den Sie ja doch auch nicht wünschen. Aber die diplomatische Befähigung der Herren Müller, Schulze und Fräßdorf will ich mich nicht mit Ihnen unterhalten. Aber ich bin durchaus der Ansicht, daß, wenn einmal dieser Posten zu besetzen ist, stets nur der Tüchtigste an diese Stelle gehört. (Weiterkeit.)

R. D.! Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, die Handhabung der Zensur zu revidieren, und darauf hingewiesen, daß das Ministerium des Innern, soweit es bei dieser Zensur zuständig ist, seine Aufgabe im wesentlichen darin erblickt hat, der Presse ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit zu erleichtern. Ich glaube, daß die Presse die ihr zu diesem Zwecke zugegangenen Mitteilungen als eine wertvolle Hilfe dankbar angenommen hat. Ich möchte aber in Ergänzung meiner gestrigen Ausführungen

heute noch ein besonderes Wort des Dankes an die Vertreter der Presse richten. R. D.! Die deutsche Presse und insbesondere ihre sächsischen Organe ohne Unterbrechung der Parteien haben der Regierung und dem Vaterlande in der Zeit des Krieges die wertvollsten Dienste geleistet. (Bravo!) Sie haben es nicht nur verstanden, in ihren Leitartikeln den patriotischen Geist der Bevölkerung zu heben und zum Ausdruck zu bringen, sondern sie haben auch durch die sachliche Behandlung der inneren Fragen dazu beigetragen, den Geist der patriotischen Geschlossenheit und Einmütigkeit zu verstärken. Zudem ich diesen Dank zum Ausdruck bringe, möchte ich damit die Bitte verbinden, diesen Forderungen des inneren Burgfriedens auch in Zukunft Rechnung zu tragen und der Regierung dadurch zu helfen, die schweren Aufgaben zu lösen, die unvermeidlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die während des Krieges eingetreten sind, in einer die verschiedenartigen Interessen gerecht ausgleichenden Weise zu lösen. (Bravo!)

Hierauf erhält das Wort

Abg. Gahan (so.):

Der Hr. Kultusminister habe bei seinen kurzen Streifzügen auf das Gebiet der Erziehungsprobleme manches gesagt, dem seine Partei zustimmen könne, so bezüglich der Stellung der Schule innerhalb des Kriegswirtschaftslebens, der Körperlichen Erziehung und der Anhalten, die auf diesem Gebiete in Zukunft Frucht bringen sollen. Der Hr. Minister des Kultus habe auch von der Betrogung der Jugend gesprochen und sei auf den Erfolg eingegangen, der auch Verbreitung gefunden habe. Hierauf sei nicht nur das Fernbleiben des Vaters im Interesse des allgemeinen Nutzens schuld, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mütter, die der Erwerbsarbeit nachgehen müßten und (Sehr richtig! links.) ihre erzieherische Pflicht nicht ausüben könnten. (Sehr richtig! links.) Der Redner nimmt sodann Stellung zu einigen Ausführungen des Abg. Nipische-Leusch (nl.), der den Abg. Fräßdorf (so.) falsch verstanden habe. In diesem Zusammenhang der Polemik gegen seine Parteifreunde sei Abg. Nipische auch auf das Problem der indirekten Steuern, der Löhne usw. zu sprechen gekommen. Nun wollte sich die Steigerung der Löhne nicht automatisch, nicht der Unternehmer sei gewillt und insbände, schon mit Rücksicht auf die allgemeinen Gesetze des Wirtschaftslebens, jedesmal wenn durch die Reichsgesetzgebung und durch andere Faktoren der Lebenshaltung erhöht werde, automatisch die Verteuerung der Lebensverhältnisse in Form von Lohnserhöhungen zum Ausdruck zu bringen. Gewöhnlich sei es so, daß die Arbeiterchaft im Wege des wirtschaftlichen Kampfes versuchen müsse und mit Erfolg versucht habe, diese Verteuerung wieder zurückzumachen durch die Ertragung höherer Löhne. Man hätte das Koalitionsrecht so gestalten wollen, daß eine wirksame Abwehr der Teuerung durch die Arbeiter nicht mehr möglich oder auf das äußerste gehindert wäre. (Sehr richtig!) Die Herren von der nationalliberalen Partei hätten es abgesehen, etwa auf gesetzlicher Grundlage das Streikpostensverbot zu verbieten, aber sie hätten denselben Zweck erreichen wollen mit einem anderen Mittel. (Sehr richtig! links.) Sie seien warm eingetreten für die Institution der Streikpolizei. Es sei der Arbeiterchaft, die gegen die Verteuerung der Lebenshaltung ankämpfe, schließlich gleichgültig, ob sie auf gesetzlichem Wege erdoltselt oder auf dem Verwaltungswege erwirgt werde in dem Vorgehen gegen die Verteuerung des Streikrechtes und des Koalitionsrechtes. (Zuruf links: Das letztere ist schlimmer!) Es solle ihn freuen, wenn die Herren sich nun bereit erklärten, mit seiner Partei auf dem Boden des gleichen Rechtes ungeschindert vom Zwange polizeilicher Art in diese notwendigen Wirtschaftskämpfe auszutreten. Der Redner führt dann aus, daß der Vergleich des Abg. Nipische zwischen deutscher und englischer Wirtschaft eine Umkehrung und missverständliche Auffassung der Begriffe sei. Unter Wirtschaftsform liege eine solche zu verstehen, die alle modernen Länder umfasse, die moderne bürgerliche, die kapitalistische Wirtschaftsform. Es sei vom Abg. Schulze nicht behauptet worden, daß die deutsche Wirtschaftsform schlechter als die schlechteste sei, oder daß die kapitalistische Wirtschaftsform über irgend eine andere die schlechteste oder bessere sei. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß sich Wirtschaftsgebilde, Wirtschaftsorganisationen ebenso den Mängeln aller Menschlichen fügen müssen, wie alle anderen Dinge. In diesem Zusammenhange spreche sie von der Entwicklung der feudalen, der merkantilistischen Wirtschaftsform, und unterseide merkantilistische und liberale Wirtschaftsführung, die modernen kapitalistische, und sage, daß naturgemäß in den Gesetzen der menschlichen Entwicklung ein ewiger Wandel auf dieser Formen der Gütererzeugung und der Güterverteilung Platz greifen müsse. Wenn man in der Gegenwart lebe, daß ganz notwendigerweise Gesetze des Wirtschaftslebens in Bewegung und Tätigkeit seien, die zu einer höheren Wirtschaftsform führten, dann müsse man notwendigerweise im Interesse der Allgemeinheit dazu beitragen, daß die Vorbedingungen für die Ausgestaltung dieser besseren Wirtschaftsform gegeben werden. Bei der Teuerungsbekämpfung und auch im Laufe der Etatbedatte sei wiederholt und wohl einmütig von allen Rednern zum Ausdruck gekommen, einmal der feste Wille, wirtschaftlich durchhalten zu müssen, und zum andern die selbstlose Übergangung, daß die Wirtschaftskraft stark genug seien, zu ermöglichen, alle die notwendigen Aufgaben, die der Krieg dem Wirtschaftsleben gestellt habe, auch zu erfüllen. Hierzu gehöre auch die betriebende Erledigung der Fürsorge für die durch den Krieg in irgendeiner Weise bedrohten Bevölkerung, die Fürsorge für diejenigen, die nicht mehr in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt durch lohnende Arbeit zu verdienen, die Armen und Invaliden, vor allen Dingen die Familien der Männer, die draußen im Felde ihr ganzes Ich einleiten, blutige Opfer brachten für die Sache, die sie mit allen als Sache der Allgemeinheit ansprächen. Hier müsse zu einer betriebenden Lösung kommen werden. Der Redner verbreitet sich sodann über die Wünsche seiner Partei zum Antrage 4a, die Regelung der Familienfürsorge betreffend, und bedauert, daß der letzte außerordentliche Landtag nicht schon zur Lösung dieser Frage Zeit gefunden habe. Bedeutendes sei auf dem Gebiete der Kriegswirtschaftsleistung geleistet worden. Doch könne man erst dann von einer endgültigen Lösung dieser Frage sprechen, wenn wenigstens das Notwendigste zum Leben gegeben sei. Der Inhalt und Sinn des Antrages sei, daß seine Partei nichts anderes vom Landtage verlange, als daß die Regierung auch Maßnahmen ergreife, die geeignet seien, um die eigenen Grundkräfte der Regierung auf dem Gebiete der Familienfürsorge zu verewlichen. Hierzu gehöre einmal die schnelle Erledigung der Unterstützungsersuche, zum anderen eine in der Form, Art und Höhe der Unterstützung betriebende Behandlung der Unterstützungsansprüche, und endlich, um diese Grundzüge durchzuführen, auch die Durchführung des Grundgedankes, daß in den Kriegsfürsorgegesellschaften möglichst die Vertreter aller Bevölkerungsteile mitwirken sollen. Hier müßten die bisherigen Mängel des Verwaltungsweges behoben werden. Er wolle in Kürze die der Deputation vorgelegenen Leitätze, die Abhilfe auf diesem Gebiete schaffen sollten, vortragen, da nur ein kleiner Teil der Kammermitglieder in der Lage sei, die Dinge zu verfolgen. Diese Leitätze lauten:

1. Den zur Unterstützung verpflichteten Lieferungsverbänden und Gemeinden sind im Bedarfsfalle aus staatlichen eventuell aus Reichsmitteln zureichende Gelder zur Verfügung zu stellen.
2. Die Unterstützungsersuche sind schneller als bisher in vielen Fällen zur Erledigung zu bringen; die Entscheidungsbehörde der Reichsbehörde in Kriegsunterstützungssachen sind wesentlich zu beschleunigen.
3. Jede zur selbständigen Entscheidung über einzelne Unterstützungsfälle berufene Stelle hat für den betreffenden Bezirk das Erhebungsminimum für Einzelpersonen, Familien mit ein oder

(Fortsetzung in der Beilage.)

mehreren Kindern usw. festzusetzen und darnach die einzelnen Unterhaltungsfälle je nach ihrer besonderen Eigenart zu entscheiden.

4. Die Existenzminima sind nach Maßgabe der veränderten allgemeinen Lebensbedingungen zu revidieren.

5. Als Wiedunterstützung für gering bemittelte Bevölkerungsklassen dürfen unter keinen Umständen Darlehen gewährt werden.

6. Aus privaten oder Vereinsmitteln fließende Zuwendungen müssen, um den Anstich des Almosens zu vermeiden, durch die beruflichen Organe der Kriegsfürsorge gleichmäßig verteilt werden.

7. Bezirkliche oder gemeinliche Zuschüsse zur Kriegsunterstützung sind nicht zu verweigern, wenn die zur Entscheidung beschlossenen Personen zufällig der Meinung sind, die betreffende Ehefrau könnte durch Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, selbst wenn mehrere Kinder der häuslichen Pflege bedürfen. Es ist vielmehr der Arbeitsverdienst der Frau nur prozentual von der Unterstützung in Abzug zu bringen, damit ein Anreiz zu eigener Erwerbsarbeit gegeben wird.

8. Die Kriegsfürsorgekörper sind, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, aus allen Bevölkerungskreisen des betreffenden Bezirks zusammenzusetzen.

9. Die von kantonalen Verwaltungen an die Arbeiter ihres Dienstortes gezahlte Familienunterstützung ist so zu bemessen, daß sie die Höhe der allgemeinen Unterstützung an Ort und Stelle erreicht.

10. Über alle Zweige der Kriegsfürsorge ist sorgfältige Kontrolle der Landesbehörde zu üben. Zu deren wirksamem Überwachung sind laufende, in ihrem Ergebnis in übersichtlicher Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machende Erhebungen zu veranstalten.

Diese Leitfäden seien in der Deputation eingehend mit den tatsächlichen Verhältnissen begründet worden. Wohl die Rücksichtnahme auf die schlimme Lage der Gemeindefinanzen habe die Reichheit der Deputation veranlaßt, weder die Leitfäden anzunehmen, noch ihrerseits praktische positive Vorschläge zu machen. Die Regierung erkenne auch in einem Erlaß an die Kreishauptmannschaft an, daß die wesentlichen Bemängelungen, die in der Deputation vorgebracht worden seien, zutreffen. Der Redner geht sodann auf diesen Erlaß des näheren ein und fragt im Anschluß hieran bei der Regierung an, ob ihr bekannt sei, wann endlich die versprochene Regelung der Unterstützung der Angehörigen der aktiven Mannschaften greifbar gemacht werde. Bisher seien die Angehörigen der aktiven Mannschaften, abgesehen von Frauen und Kindern, am schlechtesten gestellt gewesen. Auch beständen erhebliche Unterschiede in den Unterstützungen der einzelnen Gemeinden, vor allem zwischen den Großstadtgemeinden und den Landgemeinden. Über Leipzig, wo die Kriegsvorgang relativ musterhaft genannt werden dürfe — dort erhalte eine Familie ohne Kinder 44,10 M. monatlich als Normalmaß bei normalen Unterhaltungsbedürfnissen — bliebe nach Abzug der notwendigen Ausgaben zum Leben nur ganz wenig übrig. Es sei voll und ganz anzuerkennen, daß erhebliche Mittel aufgewendet worden seien, die freiwillig den Hilfsbedürftigen zufließen, daß A. V. in Leipzig die freiwillige Kriegsfürsorge über 1 Million Mark aufgebracht habe. Aber bei der langen Dauer des Krieges werde auch die Bereitwilligkeit und Möglichkeit zu solchen freiwilligen Unterstützungen aufhören. Zum Belege dafür erinnere er an ein Inserat der Leipziger Kriegsspende. Dort heiße es: „Wenn unsere biedermütige Werbung nicht einen krassen Erfolg hat, muß die „Kriegsspende“, nachdem sie anderthalb Millionen an Unterstützungen ausgegeben hat, mitten im dunkelsten Winter, gerade jetzt, wo die Lebenshaltung so teuer geworden ist, ihre Liebeshandlung einstellen.“ Der Redner vertiefe sodann noch ein ihm aus dem ergebungsreichen Kreis der Kriegsunterstützung entnommenen Schreiben und wende sich dann zu den Klagen über unzureichende Bekämpfung der Kriegsunterstützung bei den aktiven Mannschaften, von denen manche freiwillig durch ihr eigenes Verhalten bei einzelnen städtischen Körperchaften Erlöse zur Unterstützung dieses Verhaltens veranlaßt hätten. Was die Höhe der Unterstützung anlangt, so möchte er nur darauf hinweisen, daß es auch heute noch Familien gebe, die keine anderen Einkünfte hätten und nur allein auf die Reichsunterstützung angewiesen seien. So sei in einem Orte in der Amtshauptmannschaft Borna bis jetzt weiter nichts ausgezahlt worden, als die Reichsunterstützung mit einer einzigen Ausnahme, wo einmal am vorigen Weihnachtsfest 3 M. Ertraunterstützung bewilligt worden seien. Aus einem Aufsatze des Pfarrers Müller aus Ködnitz, auf den er verweise, gehe hervor, daß noch in zahlreichen Fällen die geringsten Bedürfnisse bestehen. Auch zu dem Kapitel der rigorosen Kündigung oder dem Verlegen jener Unterstützung beim Vorhandensein von anzurechnendem Arbeitsverdienst könne er eine Reihe von Fällen anführen und belegen. Redner bringt hierzu ein Beispiel und erklärt sich bereit, auch umfangreiches Material zu weiteren Beispielen zu unterbreiten. Notwendig sei es noch, auf eine großartige Verschiedenheit der Unterhaltungsbedürfnisse selbst bei gleichartiger Bedürftigkeit und gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen hinzuweisen. Der Redner erörtert dies an einem Beispiel. Er wolle sich begnügen mit der Bekanntgabe dieses Materials, das ein vollständiges Bild von der Lage der Dinge zu geben nicht zulasse, wie es der Fall wäre, wenn ihm mehr statistisches Material von Seiten der Regierung zur Verfügung gestanden hätte. Der Redner weist sodann noch besonders auf den letzten Leitfaden hin, der besage und verlange, daß die Staatsarbeiter nicht schlechter gestellt werden sollen mit ihrer Unterstützung, als die sonstigen Unterhaltungsbedürftigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Fürsorgeaufgaben zu lösen, sei das Reich als solches wohl am besten in der Lage. Es sei nicht richtig, die hilfsbedürftigen Staatsarbeiter mit ihren Unterhaltungsbedürfnissen noch an die Gemeinden zu verweisen. Wennfalls es die Aufgabe des Reiches, die Invalidenfürsorge zu regeln. Seine Partei wolle hiermit zum Ausdruck bringen, daß im Bundesrat die sächsische Regierung mit daran arbeite, daß all diesen hilfsbedürftigen die Not der Zeit nach Möglichkeit gemildert werde. Wenn aber für die durch den Krieg hilfsbedürftig Gewordenen in weitestem Maße die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch genommen werde, so müßten auch feste Grundzüge aufgestellt werden, die es einer Familie ermöglichen, sich selbst zu erhalten. Die Mehrheit des Landtages könne die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne für das Wohlergehen der hilfsbedürftigen zu sorgen, die das höchste Opfer zu bringen haben, das überhaupt ein Deutscher zu leisten imstande sei. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Winter (soz.):

Trotz der wiederholten Anträge der Sozialdemokraten, in denen diese Einführung einer Erwerbslosenunterstützung verlangt hätten, habe es bisher immer am guten Willen gefehlt, diese Erwerbslosenfrage endlich zu regeln. Im gegenwärtigen Landtage seien es wieder die Nationalliberalen, die bereits wieder erklärt hätten, der Regierung ständen unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege. Dem sei nicht so. Man sehe bei der Erwerbslosenunterstützung, wie sie gegenwärtig in der Kriegszeit da und dort in den einzelnen Bezirken und Städten durchgeführt worden sei, daß es bei einigen guten Willen doch möglich gewesen sei, sie wenigstens einigermaßen durchzuführen. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt: wenn irgend etwas die Notwendigkeit einer Erwerbslosenunterstützung gezeigt

habe, so seien es gerade die Tage, die uns der Krieg gebracht habe, die Zeiten, wo durch den Krieg eine immerhin sehr umfangreiche Arbeitslosigkeit zunächst eingetreten sei. Die Arbeitslosigkeit sei erfreulicherweise mit der Zeit und mit dem Fortschreiten des Krieges zu einem gewissen Teile schon behoben worden. Aber entgegen diesen etwas verbesserten Verhältnissen in einzelnen Industrien sehe man doch auch wieder, daß andere Industrien einer ganz krassen Arbeitslosigkeit entgegengingen. Mit dem Antrage in Drucksache Nr. 3 habe seine Partei nicht etwa nur die Arbeitslosen im Auge, welche die Opfer der Krisen seien, die innerhalb der Kriegszeit zutage traten, sondern auch die Opfer, die nach Friedensschluß in der deutschen Industrie jedenfalls als Arbeitslose wieder aufstehen würden. Für diese müsse schon jetzt Sorge getroffen werden, damit nicht (trotz der von der Regierung während des Krieges erklärten Bereitwilligkeit, auch Mittel für die Erwerbslosen zur Verfügung stellen zu wollen) wieder wie jetzt viele Gemeinden, viele Städte, ganze Bezirke nicht für die Not der Arbeitslosen Sorge tragen. Er wolle auch noch das eine betonen, daß bei den unter A. Genannten die Unterstützung auch für solche Arbeitslose gewünscht werde, die Gelegenheit hätten, in eine Arbeitslosenklasse Beiträge zu leisten, weil noch keine Arbeitslosenklasse bestanden hätte und auch jetzt noch nicht bestehe. Wenn bei den Verhandlungen in der Deputation und bei der Schlußberatung dem Antrage 3 zugestimmt werden würde, so werde die Möglichkeit geschaffen, daß, wenn die Kämpfer aus dem Felde zurückkehrten, diese die Gewißheit hätten, nicht mehr in der Zeit der Krise, in der Zeit der Erwerbslosigkeit gezwungen zu sein, dem Hunger ins Auge zu sehen. (Bravo!)

Staatsminister Graf Bischoff v. Schödt

(nach den stenographischen Niederschriften):

W. H.! Zu den beiden Anträgen, die als Drucksache 3 und 4 vorliegen, habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die im Staatshaushaltsetat unter dem Stichworte Kriegswohlfahrtspflege eingeschalteten Ausgaben umfassen in der Hauptsache die Staatsarbeiten zu den Aufwendungen der Kriegsteilnehmer und der Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer und der Gemeinden für die Erwerbslosenfürsorge. Die Zahlen aus den Mitteilungen der Regierung an den letzten außerordentlichen Landtag schon bekannt ist, werden für diese Zwecke aus Staatsmitteln jetzt monatlich rund 740000 M. aufgewendet. Der gleiche Monatsbetrag ist auch im neuen Haushaltssetat wieder zugrunde gelegt.

Aus dieser Summe gewährt das Ministerium des Innern zunächst zu den Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge den Gemeinden 30 Proz. Das waren im September 1913 238,7 M. Dagegen sind die Lieferungsverbände, welche die Familienunterstützungen vertreten, nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit in vier Klassen — mit gewissen gelegentlichen Unterabteilungen — eingeteilt worden. Da die Anforderungen hierfür infolge der vermehrten Einzahlungen zum Sperrenfonds ständig steigen, sind die Anteile, die gewährt werden konnten, nach und nach etwas gesunken. In den vier genannten Klassen sind zwei Unterstufen wurden im September gewährt 26 1/2, 22 1/2, 16, 10, 6 und 5 Proz.

Eine Zusammenstellung des gesamten Aufwandes der Lieferungsverbände und Gemeinden nach dem Stande vom 31. Oktober ist in Vorbereitung und wird der Ständeverammlung nach ihrer Fertigstellung vorgelegt werden.

Das Ministerium des Innern hat dauernd sein Augenmerk darauf gerichtet, daß die Lieferungsverbände und Gemeinden auch in ausreichendem Maße Unterstützungen gewähren und hat die Befolgung dieses Grundsatzes nicht nur beim Vorliegen von Bescheidens, sondern auch in schwierigen Fällen durch grundsätzliche Prüfungen der eingehenden Sachakten überwacht. Eine völlig schematische Durchführung der von dem Ministerium aufgestellten Grundsätze durch das ganze Land ohne Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, wie sie der Hr. Abg. Casan uns empfohlen hat, kann ich nicht als sachdienlich anerkennen. Das Ministerium hat aber die in den Verhandlungen des letzten außerordentlichen Landtages vorgebrachten Einzelfälle noch einmal zum Anlaß genommen, den Unterbehörden die genaue Beachtung seiner Anweisungen zur Pflicht zu machen und besonders auf die durch den bevorstehenden Winter und die Teuerung der wichtigsten Lebensmittel bedingten Notzufälle hingewiesen. Es darf wohl zunächst abgewartet werden, ob damit der von den Antragstellern zu Nr. 4 gewünschte Erfolg nicht schon erreicht wird, der, wie ich annehme, auch auf die allgemeinen Armenunterstützungen wirken wird.

Die gleiche Summe wie der Staat gewährt, wie Ihnen bekannt, das Reich als matrifikalunfähigen sächsischen Anteil an dem vom Reich bewilligten Monatsbetrage von 10 Mill. M. Dieser Reichsbetrag ist durch Beschluß des Bundesrats vom 1. Oktober ab auf 15 Mill. M. erhöht worden, so daß auf Sachsen künftig 1100000 M. fallen. Mit Hilfe dieser Erhöhung wird es erfreulicherweise möglich sein, den Lieferungsverbänden und Gemeinden noch weitere Erleichterungen zu gewähren.

Zu der Kriegswohlfahrtspflege im bisherigen Umfang tritt nun neuerdings die Unterstützung der Textilarbeiter, die durch das Baumwoll- und Wolllieferungsverbot mehr oder minder arbeitslos werden. Sie finden auch hierzu einen Anhalt im Etat. Hierüber wird bei anderer Gelegenheit näheres mitzuteilen sein.

Für die Übernahme sämtlicher Aufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege auf Reichsmittel kommen Gesichtspunkte in Frage, die sich zur Bepretung in der Öffentlichkeit noch nicht alle eignen; ich bin bereit, darüber in der Deputation noch Näheres mitteilen zu lassen.

Die gewünschte Erhöhung der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten erfordert so grundlegende Vorarbeiten, und es sind ihre finanziellen Wirkungen zunächst so wenig übersehbar, daß bei der jetzigen Anspannung aller Kräfte der Beamtenhaft und bei der noch nicht abzumessenden Wirkung des Krieges auf die finanziellen Verhältnisse des Reiches jetzt schwerlich die Möglichkeit besteht, die Vorarbeiten für die dazu erforderliche Gesetzänderung fertigzustellen.

Dasselbe gilt in vermindertem Maße für die unter Nr. 3 vereinigten Anträge. Die Einführung einer Erwerbslosenversicherung, die wohl überhaupt einheitlich nur im Reich durchgeführt werden könnte und über die auch der Reichstag schon wiederholt verhandelt hat, ist eine Aufgabe, der man gewiß sympathisch gegenübersehen kann, deren Unterlagen aber jedenfalls noch so unklar sind, daß die zu erledigenden Arbeiten während der Kriegsdauer keinesfalls noch mit unternommen oder gar zu Ende geführt werden könnten. Es wird bedrohen jetzt mit den bereits gehandhabten Formen der Erwerbslosenunterstützung ausgekommen werden müssen. Die große Frage jetzt in der Kriegszeit zu regeln, geht auch schon deshalb nicht an, weil die Arbeitslosigkeit im Kriegsbeide bei der Erziehung der Einsuhr von Rohstoffen und der Ausfuhr von Erzeugnissen ganz andere Verhältnisse zeigt und ganz andere Maßnahmen erfordert als in Friedenszeiten. Die Bemühungen, den Erwerbslosen Arbeit auf anderen Arbeitsgebieten, wo es an Arbeitskräften fehlt, zu verschaffen, werden dabei von der Regierung aufs wärmste gefördert, welcher Art diese Bepretungen auch sein mögen, seien es nun Notstandsarbeiten der Gemeinden oder

Übernahme der Arbeiter in andere Industrien oder die Landwirtschaft oder in staatliche Geschäftszweige, wie den Post- oder Eisenbahndienst. Auch eine jetzt vorzunehmende grundlegende Änderung der Arbeitsnachweisorganisation würde unter den augenblicklichen Verhältnissen gewiß eher zu einer Bewirkung als zu einer Förderung führen, wobei ich als bekannt annehmen darf, daß das Ministerium des Innern die Entwicklung der neutralen und paritätischen Arbeitsnachweise schon bisher wirksam gefördert hat.

Staatsminister v. Erdewitz

(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Bei der vorgeschriebenen Stunde verzichte ich darauf, nochmals auf den Etat zu sprechen zu kommen und Ihnen den verschiedenen Vorschlägen gegenüber nachzuweisen, daß der Etat die Deckung des Fehlbetrages nicht gestattet ohne Übernahme neuer Lasten auf die Steuerzahler.

Ich verzichte auch darauf, die Stellung der Regierung zu der Frage der direkten und der indirekten Besteuerung durch die Einzelstaaten oder das Reich auf die verschiedenen Äußerungen aus dem Hause nochmals darzulegen, da die Stellung der Regierung dazu, für deren Änderung keinerlei Anlaß vorliegt, hinlänglich bekannt ist, und ich in der Entrede bereits das Nötige in ausführlicher Weise dargelegt habe.

Das Wort habe ich nur erbeten, um zwei Bemerkungen zu widerlegen, die Hr. Abg. Nipische gemacht hat. Er hat gesagt, die Regierung habe es bei der Behandlung des Antrages, die Organisation der Staatsbahnen betreffend, am guten Willen fehlen lassen. Das ist keineswegs der Fall gewesen. (Abg. Nipische-Deusch: Ich habe gesagt, es sieht so aus!) Die Regierung hat vielmehr lediglich nach eingehenden Erwägungen und aus guten Gründen ihre Stellung eingenommen.

Im weiteren hat Hr. Abg. Nipische bemerkt, daß die Regierung für ein bestimmtes Eisenbahnprojekt in der Ersten Kammer nicht eingetreten sei, und daß der Minister kein Wort dazu gesagt habe. Demgegenüber will ich nur feststellen, daß ich am 28. April des Jahres 1914 in der Ersten Kammer eine Rede von drei Spalten Länge über das Projekt Wiesenberg-Wilberfeld gehalten habe und zwar natürlich im Sinne der Regierungsvorlage. (Abg. Nipische-Deusch: Im Vereinigungsverfahren!)

Nach persönlichen Bemerkungen bez. tatsächlichen Berichtigungen seitens der Abg. Bisepäsident Fräßdorf (soz.), Nipische-Deusch (nl.), Brodau (Fortfchr. Sp.), Fleißner (soz.) wird dem Antrage des Abg. Dr. Gähnel gemäß

- 1. der Rechenschaftsbericht auf die Finanzperiode 1912/13 und der von der Überrechnungskammer über die Ausführung des Staatshaushaltsetats in derselben Finanzperiode erstattete Bericht der Rechenschaftsdeputation.
- 2. der gesamte ödenländische Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1916/17, die Titel 1 bis 4 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats auf dieselbe Finanzperiode, sowie den Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1916 und 1917 der Finanzdeputation A.
- 3. die Titel 5 bis 14 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1916/17 der Finanzdeputation B überweisen.

Ferner wird nach dem Antrage des Bisepäsidenten Fräßdorf:

- 1. der Antrag Casan u. Gen., betreffend Erwerbslosenunterstützung (Drucksache 3), der Rechenschaftsdeputation,
- 2. der Antrag Casan u. Gen., betreffend Kriegswohlfahrt (Drucksache 4), der Gesetzgebungsdeputation,
- 3. die Anträge Casan u. Gen. (Drucksachen 5, 6 und 7), betreffend Teuerungszulagen, Reichs- und Staatssteuern, der Finanzdeputation A

Schließlich wird, dem Antrage des Abg. Günther entsprechend,

- a) der Antrag der Abg. Günther, Koch u. Gen., Kriegshilfe für den Mittelstand betreffend (Drucksache 15), der Rechenschaftsdeputation,
- b) der Antrag der Abg. Schwager, Brodau u. Gen., Kriegs-Teuerungszulagen betreffend (Drucksache 18), der Finanzdeputation A

zur weiteren Vorberatung überweisen.

Die Überweisungen erfolgen einstimmig.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 38 Min. nachm.)

Beim Landtage eingegangene Drucksachen:

34. Antrag Dvitz (konf.) u. Gen.

Die Kammer wolle beschließen: die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, beim Bundesrat auf gesetzgeberische Maßnahmen hinzuwirken zu dem Zweck, um nach Tunlichkeit die Schäden von den Hypothekenschuldnern fernzuhalten, die ihnen durch willkürliche Aufkündigung des Kapitals oder unangemessene Erhöhung des Zinsfußes während des Krieges erwachsen.

Nr. 35. Antrag Göpfert (nl.) u. Gen.:

Die Kammer wolle beschließen:

- I. die Königl. Staatsregierung um Erwdgung darüber zu ersuchen, welche Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich und zur Vorbereitung des nach dem Kriege zu erwartenden Aufschwungs unserer Volkswirtschaft getroffen werden können, insbesondere ob diese Ziele dadurch erreicht werden können, 1. daß der Verkehr Sachsens nach der für sein Wirtschaftsleben wichtigen Gebieten verbessert wird, a) durch beschleunigten Ausbau des Straßen- und Eisenbahnetzes, b) durch Anschluß der sächsischen Industriegebiete an das Reichswasserstraßennetz, c) durch erhöhten Anteil Sachsens am Durchgangsverkehr im Deutschen Reich und nach Österreich-Ungarn sowie nach den neuen Ostrentengebieten; 2. daß der Wirkungsbereich des Reichseisenbahnnetzes erweitert wird, sowie 3. daß Einrichtungen getroffen werden, die dem Handelsverkehr mit dem Auslande sachverständige Information und Bepretung dauernd sichern.
- II. die Erste Kammer zu diesem Beschlusse einzuladen.

B. 8. Anzeige der vierten Deputation der Ersten Kammer

wonach die Beschwerde des Ernst Bruno Fräßlich in Falkenberg bei Freiberg, eine Begehren betreffend, für unzulässig erklärt worden ist.

Handwritten symbol or character at the top right edge.

9

der

Wiel

am 2

fest

gebore

sehen

auf

Wier

scheit

Regi

Wine

den

Spe

Post

schaff

Augu

Win

dem

über

1. S

wird

Stie

gime

Frei

woh

schul

trag

burg

Zeit

Port

„Die

im 1

nicht

gleich

Son

laun

den

nach

unje

Sam

und

Sch

Jah

dies

zeit

hine

gew

erle

das